Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.60 Mark: durch die Post bezogen 2.85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, den 5. November 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 209**

Wahlterror setzt in Mitteldeutschland ein!

Reichstagsabgeordneter Genosse Benkwitz verhaftet

Zeitz, 4. November

Der Genosse Benkwitz, kommunistischer Reichstagsabgeordneter, ist gestern hier verhaftet worden. Angeblich soll auch Benkwitz steckbrieflich von dem berüchtigten Untersuchungsrichter Vogt gesucht worden sein.

*

Wahlterror unter Verfassungsbruch

Wallraf will eine neue Falle stellen

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. November.

Bekanntlich hat die kommunistische Reichstagsfraktion an den Ständigen Ausschuß und den Auswärtigen Ausschuß des Reichstages die Anfrage gerichtet, wie es um die Immunität ihrer Mitglieder, der Genossen Ruth Fischer, Thälmann, Stöcker und Rosenberg, stehe. Der „Vorwärts" teilt nun mit, daß Wallraf an Jarres einen Brief geschickt hat, in dem er darauf hinweist, daß die Mitglieder der beiden obigen Ausschüsse ihre Immunität behalten. Damit ist der Verfassungsbruch des Untersuchungsrichters Vogt, als auch der Sozialdemokraten Severing und Richter, die sich gemeinschaftlich an der Hetze gegen unsere Genossen beteiligten, festgestellt. Im übrigen enthält der Brief Wallrafs keine Aufforderung, die Verfolgung unserer Genossen einzustellen. Es ist nichts als eine bescheidene Anfrage.

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. November.

Montag und Dienstag wurden in sämtlichen Räumen der „Roten Fahne" und der Friedrichstadt-Druckerei durch Beamte der Abteilung Ia des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter Haussuchungen gehalten. Am Montag wurde angeblich nach Betriebsgesellenzeitungen, am Dienstag angeblich nach Manuskripten aus dem Monat Mai gesucht. Unter den fünfzehn Kriminalbeamten befand sich ein alter Berliner Sozialdemokrat, der die Aufgabe hatte, nach den ihm bekannten kommunistischen Funktionären Umschau zu halten. Am Dienstag dauerte die Besetzung der „Roten Fahne" etwa 3½ Stunden. Einige Zeit nach diesem Ueberfall des Polizeisozialdemokraten Richter erschien die Abendausgabe des „Vorwärts", der im Leitartikel folgendermaßen schrieb:

„Läge es in unserer Macht, so würden wir Sozialdemokraten die Justiz veranlassen, daß sie ganz besonders in der gegenwärtigen Wahlzeit den Kommunisten jede Schonung angedeihen läßt. Wir haben den lebhaften Wunsch, daß die Wahlagitation der Kommunisten sich so frei wie möglich gestalten möge."

* **Halle**, 5. November.

Herr Wallraf hat in seinem Schreiben an den Innenminister Jarres nur eine bescheidene Anfrage gestellt. Er hat nicht gefordert, daß den Mitgliedern der beiden fortbestehenden Ausschüsse ihre Immunität unter allen Umständen erhalten bleibe. Er hat nicht das Vorgehen des Untersuchungsrichters Vogt, der Sozialdemokraten Severing und Richter als offenen Verfassungsbruch gebrandmarkt.

Herr Wallraf gibt damit zynisch offen zu, daß gegenüber dem unerhörten Wahlterror, der gegen die Kommunistische Partei eingesetzt hat, jeder Appell an Verfassung und Gesetz lächerlich erscheinen würde. Wenn er sich überhaupt herbeigelassen hat, eine ergebenste Bitte um Auskunft an den Innenminister Jarres zu richten, so hat das einen ganz anderen Zweck, als etwa den Schutz der verfassungsmäßigen Rechte der Mitglieder der beiden, trotz der Reichstagsauflösung fortbestehenden Ausschüsse. Der Grund für diesen Schritt des deutschnationalen Provokateurs Wallraf ist nicht schwer zu erraten. Warum dieser Brief? Die Verfassungsmaßnahmen der Polizei gegen die ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten sind, abgesehen von einigen Fällen, erfolglos verlaufen. Unsere Genossen haben Zeit gehabt, sich vor den polizeilichen Häschern in Sicherheit zu bringen. Das ist den Herren Vogt, Jarres, Severing und Richter höchst unangenehm. Sie versuchen jetzt, auf einem geschickteren Wege, unserer Genossen, vor allem der Genossin Ruth Fischer, habhaft zu werden. Sie sollen mit dem faden Versprechen, ihre Immunität bleibe bestehen, herausgelockt werden.

Daß unsere Genossen nicht in diese plumpe Falle gehen werden, ist klar. Die Verhaftungen der letzten Wochen haben zu deutlich gezeigt, welchen Charakter der Verfolgungsfeldzug der republikanischen Behörden gegen die Kommunistische Partei hat. Nur ein Narr könnte glauben, daß die Häscher der deutschen Klassenjustiz über verfassungsrechtliche Zwirnsfäden stolpern würden. Der Untersuchungsrichter Vogt, dem die Zugehörigkeit der Genossin Ruth Fischer sowohl zu dem Ständigen, als auch zum Auswärtigen Ausschuß natürlich bekannt war, hat sich dadurch keinen Augenblick abhalten lassen, auf die Ergreifung der Genossin Ruth Fischer eine hohe Belohnung auszusetzen und ihr Bild im Verbrecheralbum des Fahndungsblattes zu veröffentlichen. Daß Herr Vogt sich durch den lendenlahmen Brief des Deutschnationalen Wallraf von seiner Verfolgung abhalten lassen würde, glaubt natürlich kein Mensch.

Interessant ist bei diesen Vorgängen die Haltung der Sozialdemokratie. Mit einer Unverschämtheit, die nicht mehr zu überbieten ist, stellt sich diese Partei der Spitzel, Provokateure und bestochenen Lumpen auf die Seite der Klassenjustiz. Kein Wort des Protestes finden die sozialdemokratischen Schandblätter im ganzen Reich gegen die unerhörten Verbrechen, die im Namen des republikanischen Rechtes gegen deutsche Arbeiter begangen werden, kein Wort des Protestes finden sie gegen die dauernden Verfassungsbrüche, auf denen sich die Unterdrückung der kommunistischen Wahlarbeit aufbaut. Im Gegenteil, mit einer heuchlerischen Geste glaubt der „Vorwärts", die Kommunistische Partei denunzieren zu können, ihre Entrüstung über die Schandjustiz sei „künstlich", in Wirklichkeit kämen ihr die Klassenurteile sehr gelegen. Diese Unverfrorenheit bedarf keiner Widerlegung. Jeder Arbeiter weiß, daß die Schandbuben in der „Vorwärts"-Redaktion die gemeinsten Helfershelfer der deutschen Klassenjustiz sind, die jetzt nach der Methode: Haltet den Dieb! die Schuld von sich selber abwälzen wollen.

*

Der Kommunistischen Partei liegt es natürlich fern, über die dauernden Vergewaltigungen selbst der bürgerlichen Gesetze und Verfassungsparagraphen zu heulmeiern. Für uns war es von vornherein klar, daß sich die bürgerliche Gesellschaft über dergleichen Lappalien hinwegsetzen wird, wenn es gilt, die kommunistischen Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft unschädlich zu machen. Wir überlassen es den Pazifisten und unverbesserlichen demokratischen Dummköpfen, über „Rechtsbrüche" zu jammern. Wir Kommunisten sagen den deutschen Arbeitern, daß sie den Kampf gegen den Terror der deutschen Bourgeoisie aufnehmen müssen. Wir sagen ihnen, daß der einzig wirksame Schutz der kommunistischen Abgeordneten der Druck der Massen ist. Gerade diese Woche des Amnestieaufgebots muß dem letzten deutschen Arbeiter den Weg zeigen, der die Antwort der revolutionären Arbeiterschaft auf die Brutalitäten der herrschenden Klasse sein muß. Wenn für jeden gemordeten und inhaftierten Kämpfer zehn neue aus dem Boden erstehen werden, wenn jeder Schlag der deutschen Reaktion mit gesteigertem Kampfeifer der Massen beantwortet wird, dann wird die Abrechnung mit den Vogt, Severing, Richter und Konsorten nicht lange auf sich warten lassen!

Der DMV. kündigt Lohn- und Arbeitszeitabkommen in der mitteldeutschen Metallindustrie

Halle, 5. November.

Eine Konferenz der Ortsverwaltungen des DMV. aus den Tarifgebieten Halle, Dessau und Magdeburg beschloß, das jetzt geltende Lohnabkommen zum 7. November zu kündigen und den Unternehmern folgende Forderungen zu stellen:

Für Facharbeiter	**60 Pf.,**
für Angelernte	**55 Pf.,**
für Ungelernte	**50 Pf.**

Ferner wurde beschlossen, das Arbeitszeitabkommen zum 31. Dezember zu kündigen und zugleich die Wiedereinführung des Achtstundentages für die mitteldeutsche Metallindustrie zu fordern.

Da der „Schlichter" in Magdeburg bisher immer gezeigt hat, daß er für die Interessen der Unternehmer viel größeres Verständnis hat als für die der Arbeiter, ist unter diesen Verhältnissen bestimmt damit zu rechnen, daß es zu schweren Kämpfen zwischen Metallarbeitern und Unternehmern schon in allernächster Zeit kommen wird. Die unorganisierten Metallarbeiter müssen nun endlich begreifen und durch Eintritt in den DMV. dazu beitragen, daß der Kampf um menschenwürdige Löhne und Arbeitszeit mit einem Sieg für die Metallarbeiter endigt.

Gemeindearbeiterstreik in Rheinland-Westfalen

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 5. November.

Am Dienstag fand in allen kommunalen Betrieben Rheinland-Westfalens die Urabstimmung über den Gemeindearbeiterstreik statt. Die bis 5 Uhr eingelaufenen Abstimmungsergebnisse brachten eine Neunzehntelmehrheit für den Streik.

Erfolgreiche Lohnkämpfe

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 5. November.

Für die städtischen Arbeiter ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Lohnerhöhung von 3 bis 5 Pfennigen pro Stunde vorsieht.

*

Der seit dem 24. Oktober geführte Streik der 200 Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokoladenwerke „Bernhardo" in Flensburg ist mit einem glatten Siege der Streikenden beendet worden.

Die Maurer in Querfurt traten am 29. Oktober zur Abwehr einer Rückversetzung in die Lohnklasse II geschlossen in den Streik. Nach zweitägiger Dauer wurde der Streik mit dem Erfolg abgebrochen, daß den Maurern eine Lohnerhöhung von 5 Pfennigen pro Stunde gewährt wurde.

Solidaritätsstreik bei Thyssen

(Eig. Drahtm.) **Hamborn**, 5. November.

Wegen Maßregelung eines Kollegen, trat die Belegschaft der Eisenbahnwerkstatt Thyssen, 25 Mann der qualifiziertesten Arbeitergruppe, in den Streik. Durch sie wird die gesamte Abteilung lahmgelegt. Die Maßregelung des Arbeiters erfolgte, weil er nach Annahme des Direktors eine drohende Haltung eingenommen hatte. Der Direktor des Zentrumschristen Thyssen erklärte: „Daß er den revolutionären Spuk von 1918 beseitigen und die Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Betriebes einführen wolle." Die Belegschaft warnt vor Zuzug.

Das Unternehmerangebot abgelehnt

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. November.

Die Schaffner, Fahrer und Betriebsarbeiter der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft haben mit ⅔-Mehrheit das Unternehmerangebot abgelehnt. Ueber den Eintritt in den Streik soll aber noch die Vollversammlung entscheiden. Unter dem Hochbahnpersonal herrscht große Erregung. Tarifverhandlungen waren resultatlos. Am Sonnabend soll über den Streik entschieden werden.

Wachsende Produktionssabotage

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. November.

Die Direktion des Siemens-Dynamo-Werkes hat die gesamte 2000 Mann starke Belegschaft ausgesperrt. Sie nahm zum Anlaß den vor einiger Zeit ausgebrochenen Teilstreik der Dreher, die sich gegen einen Lohnabbau zur Wehr setzten.

Reformisten und Polizei Arm in Arm gegen die streikenden Hamburger Hafenarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Hamburg**, 5. November.

Zu dem in den Hamburger Häfen ausgebrochenen Streik der Hafenarbeiter schreibt unser Hamburger Parteiblatt: Wie nicht anders zu erwarten war, haben sich zur Niederwerfung der kämpfenden Hafenarbeiter **die Gewerkschaftsbureaukraten und die Polizei des Sozialdemokraten Schumann zusammengeschlossen, um einen möglichst zentralen Vorstoß unternehmen zu können. Bereits am Sonnabend beschlagnahmte die Polizei die vom Industrieverband, Gruppe Hafenarbeiter, herausgegebenen Handzettel und Plakate, die zum Streik aufriefen. Am Sonntagvormittag wurden Beschlagnahmen und Verhaftungen in verstärktem Maße fortgesetzt. Auf den Protest des Industriearbeiterverbandes hin erklärte die Polizei, daß sie das zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Hafen tue. Mit Gewalt will man die Hafenarbeiter am Streik hindern**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241105-17/fragment/page=0001

Der schwarzrotgoldene Bürger-General

Aus der Naturgeschichte des pazifistischen Generals v. Deimling

Die Schwarz-Rot-Goldenen haben endlich eine Zugnummer für ihr Wahltheater erwischt, einen leidhaftigen wilhelmischen General und Exzellenz dazu — den Herrn v. Deimling. Einst war, vor dem Krieg, dieser Herr der Paradegeneral Wilhelms in Straßburg. Jetzt ist das Paradepferd des schwarzrotgoldenen Blocks von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten.

Vor dem Pazifistengeneral Wilhelms haben sich am Sonntag die Fahnen des Reichsbanners, der Streiter für Ruhe und Ordnung gegen die Kommunisten voll Ehrfurcht geneigt. Für Deimling rühren „Mitteldeutscher Kurier" und „Volksblatt" in gleicher Weise die Reklametrommel, um die Arbeiter für die Linksblock-Wahlen einzuleisen, da doch ein so großer Mann, ein Kommandierender unter Wilhelm, eine Exzellenz für Schwarz-Rot-Gold Reiseprediger geworden ist.

Gegenüber diesem frechen Schwindel des Herrn v. Deimling für Schwarz-Rot-Gold und für Herrn v. Deimling durch Schwarz-Rot-Gold ist es angezeigt, an einiges aus der Naturgeschichte dieses Generals zu erinnern.

Der Herero-General von Zabern

Herr v. Deimling, als Kommandierender General des 15. Armeekorps in Straßburg, ist der Mann von Zabern gewesen. Er hat sich hinter den Leutnant v. Forster und den Oberst v. Reuter schützend gestellt, als diese auf die elsässischen „Wackes" in Zabern Jagd machten. Damals, 1913, hat der Sozialdemokrat Hermann Wendel im Reichstag unter dem Beifall der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über den schwarzrotgoldenen General erklärt:

„Der Oberst v. Reuter freilich konnte es leichten Herzens wagen, so vorzugehen, denn sein General, der Kommandeur des 15. Armeekorps in Straßburg, v. Deimling, stand schützend hinter ihm. Deimling — wir kennen diesen Herrn — er hat sich seine Lorbeeren gepflückt in dem

erbarmungslosen Vernichtungskrieg gegen die Hereros,

als Bundesratsbevollmächtigter hat er dann dem Reichstag gröblich vor den Kopf gestoßen, und jetzt scheint er sich manchmal in afrikanischen Vorstellungen zu bewegen und glaubt, statt deutscher Bürger Hereros und Hottentotten vor sich zu haben."

Prophetisch fügte Wendel, heute selbst schwarzrotgold angestrichen, hinzu:

„Da drängt sich doch einem das Spottwort auf die Lippen, das die Zaberner Jugend dem Herrn v. Forster nachrief, für politische Jammerlappen, die in dem Reuter und Deimling die Führer eines Volksheeres sehen und

die bürgerliche Freiheit im Pandurenteller

entdecken. Das Bürgertum, das sich so ausspricht, verdient jeden Tritt mit dem Kommißstiefel, der ihm noch von dem Militarismus versetzt wird."

Diesem Urteil über Deimling und die Deimling-Freunde von damals und heute ist nichts hinzuzufügen.

Der Blutsäufer im Kriege

Als Herr v. Deimling im August 1924 als Commis voyageur des Reichsbanners in Thüringen reiste, stellte ihm ein Arbeiter, der das „Glück" gehabt hat, im Kriege unter Deimling für das Vaterland zu fechten, im „Thüringer Volksblatt" vom 20. August ein paar Fragen. Damals, im Kriege, war von Pazifismus, von Blutscheu und zartfühlender Menschenliebe bei Sr. Exzellenz nichts zu merken. Im Gegenteil: er stand durchaus ebenbürtig neben den anderen deutschen Blutsäufern, den Hindenburg, Ludendorff und Mackensen. Der einfache Arbeiter fragte den hochmögenden General:

„Ich frage Sie, Herr General, warum haben Sie das pazifistische Gesicht . . . nicht auch schon aufgesetzt vor Ypern und Verdun? Warum haben Sie am 29. September 1915 das 2. Bataillon des Inf.-Regts. Nr. 172

in die Luft sprengen lassen?

Sie wußten bereits 14 Tage vorher, daß die Engländer unsere Stellungen unterminierten. Sie wußten, daß drei Tage vorher gemeldet worden war, daß die feindlichen Minierstollen geladen sind. Und doch, Herr Friedensgeneral, kam von ihrer Hand unterschrieben der Befehl:

„Wer die Stellung ohne Befehl verläßt, wird erschossen!"

Das war Pazifismus, Herr General, nicht wahr?"

Weiter fragt der Arbeiter Se. Exzellenz:

„Warum, Herr Pazifist v. Deimling, ließen Sie die belgische Bevölkerung unter Granatfeuer und unter Androhung von Deportation arbeiten?"

Und die dritte peinliche Frage:

„Wie war es doch vor Verdun?

„Kerls, Ihr werdet doch Parademarsch bis vor Verdun machen!"

So klang doch Ihre Rede aus, die Sie vor den versammelten elsässischen Kameraden hielten. Jawohl, und als kein Parademarsch zustande kam, da das sogenannte eiserne Armeekorps jämmerlich zusammengeschossen wurde, da hagelte es von Korpsbefehlen, die für die Muskoten allerdings einen recht eigentümlichen Inhalt hatten."

Noch immer fragt der Arbeiter:

„Wie war es, Herr General, mit den fünf Landwehrleuten vom Inf.-Regt. Nr. 132, die in Meailles

standrechtlich erschossen wurden

und insgesamt 23 unmündige Kinder hinterließen?"

Und warum diese Schandtat des Pazifisten? Der Arbeiter antwortet für den friedfertigen Bürgergeneral:

„Weil ein besoffener Major vom Inf.-Regt. Nr. 132 eine Gruppe, in welcher sich die standrechtlich Erschossenen befanden, mit der Pistole in der Hand zwingen wollte, einen Befehl auszuführen, bei welchem nicht einer in der Gruppe mit dem Leben davongekommen wäre, und daher die ganze Gruppe

gegen diesen besoffenen Lumpen mit der Waffe in der Hand

vorging. Warum haben Sie, Herr General, dieses schändliche Urteil unterschrieben? In Ihrer Hand lag es, Herr General, für diese Opfer einer wild gewordenen Bestie die Begnadigung zu erwirken."

Bis heute hat der Bürgergeneral von Schwarz-Rot-Gold die Fragen nicht beantwortet. Er wird sie auch in aller Zukunft nicht beantworten. Er ist Pazifist, wie er Blutsäufer war, weil die Konjunktur heute für Schwarz-Rot-Gold ist, wie sie 1913 für Wilhelm und 1915 für Hindenburg war. Er ist ein Friedensfreund, weil er im Kriege als General jämmerlich versagt hat.

Es charakterisiert ihn, den Blutsäufer, daß er Führer des Reichsbanners, und es charakterisiert das Reichsbanner, daß der Herero-General sein Reklametrommler ist.

Der Völkerversöhner der Bürgergeneral, der für Völkerbund und internationale Verständigung mit den Kolonialherren Deutschlands schwärmt, wird sich samt seinen Reichsbannerleuten an seine glorreichen Blut- und Schandtaten während des Krieges erinnern, wenn es gilt

gegen die um ihr Leben kämpfende Arbeiterschaft die Ruhe und Ordnung der Ebert-Republik

mit den Gummiknüppeln und Maschinengewehren des schwarzrotgoldenen Faszismus zu verteidigen.

Die Arbeiter, die dem schwarzrotgoldenen Friedensgeneral seine Verbrechen während des Krieges, seine Liebedienerei vor Wilhelm tagtäglich in die Erinnerung zurückrufen müssen, müssen sich am Wahltag daran erinnern, daß sie gegen diese „Friedensfreunde", die ihre brutalsten Feinde sind, sich nur verteidigen können, indem sie sich zum Roten Kampfblock zusammenschließen und am 7. Dezember alle ihre Stimmen vereinigen auf die

Kommunistische Partei Deutschlands

Die Entlarvung des Schwindelinder durch „Vorwärts" und „Germania"

Die Kommunisten haben immer und immer wieder auf den schwindelhaften Lebenshaltungsindex der Regierung hingewiesen, der den Zweck hat, zu beweisen, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft die gleiche Höhe erreicht hat, wie vor dem Kriege, der den Zweck hat, der Regierung einen Vorwand zu geben, gegen die Lohnforderungen der Arbeiterschaft einzuschreiten. Was unsere Presse längst dargelegt hat, daß die Reichsindexziffer der typische Ausdruck dafür ist, wie die „Wissenschaft" im Dienst des Kaptials steht, das scheint nun auch dem „Vorwärts" und der Germania zu dämmern. Vollverstanden zu dämmern. Eine Konsequenz wird nicht gezogen.

Der „Vorwärts" sieht sich in einer seiner letzten Nummern gezwungen, einen scharfen **Protest des Deutschen Eisenbahnerverbandes gegen die Lügen des Statistischen Reichsamts** abzudrucken. In dieser Eingabe wird festgestellt, daß die Berechnung des Statistischen Reichsamts über die Reallöhne der Eisenbahner von vorn bis hinten erlogen ist. Zunächst hat das Statistische Reichsamt, um zu den Friedensreallöhnen des Oktober 1924 zu kommen, die Löhne der werktätigen Arbeiters in Berlin vom Jahre 1913 mit **64 Pfennig** eingesetzt, während sie **trotz billigerer Lebenshaltung von 1913 81 Pfennig in der Stunde betrugen.** Dazu hat sich das Reichsamt einen weiteren Schwindel erlaubt, indem es für Januar bis Oktober 1924 den Soziallohn für Frau und zwei Kinder berechnet hat, während nach dem Tarif nur ein Kind für Sozialzuschlag angerechnet wird. Soweit die Zuschrift des Deutschen Eisenbahnerverbandes

In der „Germania", dem offiziellen Organ des Reichskanzlers Marx, bespricht ein Dr. Steffensmeier die Maßnahmen zur angeblichen Herbeiführung des Preisabbaues. Er kommt zu dem Resultat, daß alle bisherigen Maßnahmen der Regierung nicht nur keinen Preisabbau gebracht haben, sondern daß im Gegenteil „in den letzten acht Wochen die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten eine Steigerung von 6,9 Prozent erfahren hat". Weiter fährt Dr. Steffensmeier fort, muß berücksichtigt werden, „daß die Reichsindexziffer nicht schlechthin das Existenzminimum wiedergibt, da sie eine Reihe von Bedürfnissen gar nicht, andere nicht genügend berücksichtigt".

Was heißen diese Ausführungen des „Vorwärts" und der „Germania" anders, als daß die ganze Indexaufstellung ein **ausgemachter Schwindel** ist, der nichts anderes bedeutet, als eine Waffe in der Hand der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft merkt am eigenen Leibe, was es mit dem Schwindelinex auf sich hat, der durch Zahlenkunststücke zu beweisen sucht, daß die Reallöhne der Arbeiters sich auf Friedenshöhe bewege. Die überall aufflackernden Teilstreiks der Arbeiter beweisen, daß sie gewillt sind, sich selbst die Friedensreallöhne zu erzwingen.

Kommunisten wählen Wahlvorschlag Nr. 4

Bei den diesmaligen Wahlen tritt insofern eine Aenderung der Stimmzettel ein, als für die Kandidatenlisten der einzelnen Parteien einheitliche Nummern für alle Wahlkreise des Reiches festgesetzt werden. Wo Landtagswahlen stattfinden, führen die Kandidatenvorschläge auf den Stimmzetteln dieselben Nummern, wie auf den Reichstagswahl-Stimmzetteln. Es war von Anfang an geplant, diese Nummern nach der Stärke der Parteien im letzten Reichstag festzusetzen. In einer amtlich einberufenen Konferenz der Parteivertreter fand dieser Vorschlag keinen Anklang, weil man sich nicht über die erste Stelle einigen konnte. Der Reichsrat hat nunmehr sich doch auf den ersteren Standpunkt gestellt und an der Reihenfolge der Nummern nach der Stärke der Parteien festgehalten.

Ueber die Sitzung des Reichsrats, in der über diese Frage entschieden wurde, wird folgender offiziöse Bericht verbreitet:

„Der Reichsrat hat die Vorlage des Reichsministers des Innern, wonach die Kreiswahlvorschläge der Parteien, die bisher im Reichstag bereits vertreten waren, einheitlich in allen Wahlkreisen auf dem Einheitsstimmzettel die gleiche Nummer tragen sollen, angenommen. Die Nummernfolge richtet sich nach der Nummernfolge der Reichstagswahlvorschläge, die sich wiederum danach richtet, in welcher Stärke die Parteien Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben. Hiernach tragen die einzelnen Parteien die folgenden Nummern:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
2. Deutschnationale Volkspartei.
3. Deutsche Zentrumspartei.
4. **Liste der Kommunisten.**
5. Deutsche Volkspartei.
6. Deutschvölkische Freiheitspartei.
7. Demokratische Partei.
8. Bayrische Volkspartei.
9. Bayrischer Bauernbund.
10. Landliste.
11. Deutschhannoversche Partei.
12. Deutschsoziale Partei.

Die übrigen Wahlvorschläge erhalten in den einzelnen Wahlkreisen die anschließenden Nummern in der Reihenfolge, in der die Vorschläge zeitlich bei dem Kreiswahlleiter eingehen.

Außerdem wurde für Seeleute ein besonderes Wahlverfahren geschaffen, durch das sie zehn Tage früher oder später wählen dürfen."

Die „Liste der Kommunisten" erhält also im ganzen Reiche für Reichstags- und Landtagswahlen die Nr. 4.

Die neue Welle der Lohnkämpfe

Die deutsche Arbeiterklasse kommt in Bewegung. Sie, die monatelang durch den Schwindel „stabiler" Einkommensverhältnisse und eines sich in der Kaufkraft gleichbleibenden Lohnes narkotisiert schien, tritt wieder in Lohnkämpfen hervor. Auf der ganzen Front rebelliert die Arbeiterklasse gegen die unerträgliche Verteuerung der Lebenshaltung und gegen die von Tag zu Tag mehr entwerteten Löhne. Selbst die kapitalistischen Blätter können nicht umhin, zuzugeschen, daß ihre bisherigen Behauptungen über „höhere Löhne als in der Vorkriegszeit" purer Schwindel sind. Nominell mögen bei einzelnen Berufsgruppen die Lohnsätze höher stehen; jedoch beim Zugrundelegen der Friedenslaufkraft erkennt man sofort, daß die Löhne selbst der **bestbezahltesten Tarifklasse heute um 25 Prozent hinter denen der Vorkriegszeit zurückbleiben.**

Die Preise steigen, die Löhne sind entwertet. Der Wiederaufbau und die Sanierung auf der Grundlage des Dawes-Planes erfolgt, wie von den Kommunisten seit Monaten vorausgesagt, durch systematische Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitenden Schichten. Sie haben nicht allein die bereits erhobenen Verpfändungen der deutschen Staatseinnahmen durch die Zölle auf Zucker, Bier, Tabak, Branntwein aufzubringen und das im Staatsbudget entstehende Loch in Form indirekter Verbrauchssteuern aufzubringen, sondern überdies ist neben dem Reparationstribut die Prostitute für das Ausbeutertum in Deutschland selbst herauszuschuften. Die Tendenz der Kapitalisten in Deutschland ist daher auf die Senkung der Reallöhne und die Steigerung der Arbeit gerichtet. Nur durch billige Produktion, durch Unterbieten der Weltmarktpreise sind wir konkurrenzfähig, ruft einmütig die „Deutsche Bergwerkszeitung", das Organ der Rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und der „Vorwärts", das Organ der Gewerkschaftsbureaukratie. Die Spekulation darauf, daß sich der deutsche Arbeiter mit der Kuli-Rolle abfinden wird, daß er schon „heilfroh ist", überhaupt „Arbeit zu haben" und schuften zu können, ermuntert die Presse des Scharfmachertums dazu, gegen jede Lohnerhöhung Front zu machen, und sie im Interesse einer „ungestörten Wirtschaftsentwicklung" zu bekämpfen.

Vorweg war der Schwindel eines Preisabbaues gegangen. Jedoch hierauf ist die Klasse der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht hereingefallen. Da sie am eigenen Leibe den Segen des Preisabbaues spürten, da selbst die lediglich zur Täuschung und Milderung der Tatsachen bestimmten amtlichen Indexberechnungen staatlicher und kommunaler Stellen die aufwärtsstrebende Preiskurve nicht verheimlichen konnten, wurden Forderungen nach höherem Lohn eingereicht. An der Zähigkeit und an der Erbitterung, sowie an der um sich greifenden Lohnbewegung haben wir das Symptom zu registrieren, daß einmal die Aera der Illusionen über den infolge der Dollar-Anleihe versprochenen Dollarsegen, von dem ja auch für das Proletariat etwas abfallen würde, überwunden ist und das andererseits die breiten Schichten aus sich zu Bewegungen und Kämpfen drängen.

Diese Entwicklung fällt, was immerhin bemerkenswert ist, in eine Zeit, da die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland eine gewisse Belebung zeigt. Es ist eine Tatsache, daß die Beschäftigungsmöglichkeit in einem Teil der Industrie sich gehoben hat. Bauindustrie, Holzgewerbe, Textil (hier besonders Bekleidung), Lebensmittel und Luxusindustrie melden Mehreinstellungen. Auf der anderen Seite wird allerdings ohne Verschlechterung der Arbeitsmöglichkeiten aus der Metall- und Maschinenindustrie, vor allem jedoch aus der Elektro-Industrie, gemeldet. Wenn man der Arbeitslosenstatistik der Fachverbände glauben darf, so ist allgemein ein Rückgang der Erwerbslosigkeit gegenüber dem Vormonat eingetreten.

Die kapitalistische Presse erwartet von den Abschlüssen verschiedener Handelsverträge in der nächsten Zeit eine weitere Belebung des Marktes. Absatzschwierigkeiten der Rohstoffindustrie besonders des Ruhrgebietes hoffen die Kapitalisten mit den noch bockbeinigen französischen Partnern durch Verhandlungen beilegen zu können. Die Profitaussichten der Unternehmer in Deutschland sind also günstig.

Daß die Kapitalisten entschlossen sind, ihre Profite nicht beschneiden zu lassen, geben ihre Regierungsorgane als Antwort auf die Lohnbewegungen bekannt. Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium bekämpfen die Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die vom anglo-amerikanischen Kapital bestimmten Geldeintreiber und Kassierer für das Reparationskonto auf der „Reichsbahn" A.-G. erklären den um höhere Bezüge vorstellig werdenden Beamtenvertretern: „Die Dawes-Aktiengesellschaft erkennt allerdings die gesetzliche Verpflichtung an, die Bezüge ihrer Beamten den Sätzen des Reichsfinanzministeriums anzugleichen. Bevor nicht das Reich eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter vornehme, kann die Reichsbahn A.-G. nichts machen."

Die sozialdemokratische Presse, die in den letzten Tagen — es geht ja auf die Wahlen! — so tut, als unterstütze sie die Lohnbewegungen der Arbeiter, drückt die zynische Erklärung der Herren der Reichsbahn A.-G. kommentarlos ab. Wie sollten die sozialdemokratischen Demagogen, die den Proletariern den Segen der Dawes-Kolonie Deutschland vorzaubern möchten, auch diese Auswirkung der Kolonisierung und der Auslieferung der Staatseinnahmen Deutschlands an das internationale Kapital noch bemänteln können.

Der wachsende Druck des Proletariats, der sich in Teilstreiks in Hamburg, Thüringen, Breslau und in kommender Woche höchstwahrscheinlich auch im Berliner Transportgewerbe bemerkbar macht, die rasch um sich greifende Bewegung nach höherem Lohn, der Widerstand der Ruhrbergleute und der Eisenbahner gegen den indirekten Lohnabbau stellt unsere Partei vor die wichtige Aufgabe, erneut an die Zusammenfassung der Gesamtbewegungen zu gehen und dem Proletariat praktisch zu beweisen, daß die KPD. in jeder Situation an der Spitze der Arbeiter kämpft.

Das Proletariat Deutschlands hat den Kampf gegen die Kolonisierung, gegen den Dawes-Plan aufgenommen. Diesen Widerstand auszumünden zu lassen in der Durchkreuzung und Zertrümmerung der auf Massenelend und Entrechtung aufgebauten Sanierungspläne des internationalen Kapitals muß die Aufgabe der Kommunisten in den jetzt aufsteigenden Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital sein.

Das Hanauer Gewerkschaftskartell organisiert den Kampf auf breiter Grundlage

Hanau, 4. November.

Eine Gewerkschaftsvorständekonferenz, auf der fast alle dem Hanauer Ortsausschuß des ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften vertreten waren, betonten die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft gegen das drohende Dawes-Joch zu mobilisieren. Es wurde eine sofort einzuberufende Kartellvollversammlung zusammen mit den Betriebsräten beschlossen. Als Grundlage des Kampfprogramms sollen die Gothaer Forderungen gelten. Ein Aufruf fordert die Arbeiterschaft Hanaus auf, den Abwehrkampf gegen die vollständige Verelendung zu organisieren.

Bayrische Klassenjustiz

München, 4. November.

In dem Kommunistenprozeß wegen Fortführung der verbotenen Kommunistischen Partei der heute vor dem Schwurgericht stattfand, wurde gegen Mittag das Urteil verkündet. Es lautet gegen Haenle auf 2 Wochen, gegen seine Ehefrau auf 1 Monat, gegen Weinzierl auf 2 Monate und gegen Hoch auf 6 Monate Gefängnis.

Amnestie-Aufgebot

hat begonnen. Mit aller Kraft vorwärts!
7000 proletarische Kämpfer liegen in den deutschen Kerkern.
70000 neue Kämpfer müssen diese Lücke füllen!
Genossen, berichtet über Eure Erfolge!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241105-17/fragment/page=0002

Die Präsidentschaftswahl-Kampagne in den Vereinigten Staaten

Die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten hat gestern Nachtgefunden. Nachfolgender Artikel ist einige Tage vor dem Wahltag abgefaßt. Die Ausführungen sind trotzdem von aktueller Bedeutung.

Amerika war vor der Wahl von einer Flut von Wahlreden und Literatur überschwemmt. Aber das voraussichtliche Ergebnis war bis kurz vor dem Wahltag im Kreise der bürgerlichen politischen Sachverständigen noch keineswegs im klaren: Der Kampf ist dadurch ebenso erbittert und verwirrt, als die Fortschrittspartei (Independent Progressives) unter Führung des Senators La Follette als dritte Partei den zwei großen bürgerlichen traditionellen Parteien (Demokraten und Republikanern) gegenübertritt.

In den Augen der breiten Massen der amerikanischen Wählerschaft ist die Republikanische Partei und ihre Kandidaten Coolidge und Dawes „blbeschmutzt" (d. h. durch den großen Petroleumskandal kompromittiert). Sie verhält sich wohlwollend schweigend gegenüber dem faszistischen Ku-Klux-Klan, tritt in der Außenpolitik für den Dollarimperialismus ein; sie hat die Soldatenpensionen verweigert, ferner die Erhöhung der Postbeamtengehälter; auch wird sie — im Zusammenhang mit den Bankoperationen des Federal Reserve Board — für die steigende Arbeitslosigkeit (4½ Millionen!) und den Bankrott von 600 000 Farmern verantwortlich gemacht.

Die demokratische Partei gilt — in etwas geringerem Grade — ebenfalls als „öldeckig". Auch ist diese Partei in einem inneren Zersetzungsprozeß begriffen, bei dem anscheinend konfessionelle Gegensätze zwischen einer katholischen Gruppe und dem antikatholischen Ku-Klux-Klan eine Rolle spielen. Auf der letzten Parteikonferenz kam es bei der Wahl des demokratischen Präsidentschaftskandidaten zwischen den Vertretern beider Gruppen (Smith und Macadoo) zu einem langen Kampf. Schließlich wurde Davies zum demokratischen Kandidaten gewählt. Er vertritt Morgans Interessen und ist gegen den Ku-Klux-Klan. Aber dies wird den Demokraten nicht viel Nutzen bringen, denn gerade in den Staaten, auf deren Stimmen sie besonders angewiesen sind, ist der Klan stark.

Beide Parteien werden außerdem aus dem Grunde viele Stimmen verlieren, weil sie beide deutliche Beziehungen zu Morgan aufweisen. Vor allem aber werden La Follette, der frühere fortschrittliche Republikaner und sein Partner Wheeler, der frühere fortschrittliche Demokrat, durch ihre Kandidatur für die Fortschrittspartei die beiden anderen Parteien um viele Stimmen verkürzen. Die Eisenbahner-Verbände, die verschiedenen Labour-, Sozialisten- und Farmerorganisationen haben schon ihre Unterstützung zugesagt. Die Steuben-Gesellschaft, eine deutsch-demokratische Organisation, die angeblich sechs Millionen umfaßt, hat ebenfalls ihre Sympathie erklärt, um sich allerdings zuletzt doch von den Republikanern bestechen zu lassen, ebenso die Amerikanische Vereinigung zur Anerkennung der Irischen Republik (De Valera). Außerdem hat die „American Federation of Labour", die wichtigste amerikanische gewerkschaftliche Spitzenorganisation sich hinter La Follette gestellt. Dieses politische Debut der amerikanischen Arbeiterbewegung ist ebenso bedeutsam für die amerikanische Arbeiterbewegung wie das Debut der Labour Party in England 1906.

Die Unabhängige Fortschrittspartei erhält eine ziemlich große Unterstützung durch die Presse. Das Hearst-Syndikat steht zu ihr wohlwollend neutral. Die Scrofs Howard-Zeitungen (mit zwei Millionen Lesern in dreißig Großstädten) stehen auf ihrer Seite. Die gesamte Presse der A. F. of L. (American Federation of Labour) mit über 300 Zeitungen und Zeitschriften, die von ungefähr 10 Millionen gelesen werden, tritt für sie ebenfalls ein, weiter noch die Labour- und sozialistische Presse.

Ein weiterer Umstand, der den Ausgang der Wahlen unsicher gestaltet, ist die diesmalige Verteilung von 26 Millionen Stimmen, die sich das letztemal der Wahl enthielten, auf die Parteien. 1912 waren diese „stillen Stimmen" ausschlaggebend für die Wahl Wilsons. Die Bedeutung dieser Stimmenthaltungen kann weiter daraus ersehen werden, daß bei den letzten Wahlen (1920) nur eine Wahlbeteiligung von 49 Prozent der Stimmberechtigten stattfand. In Staaten, wo die Wahlverhinderung der Neger die Regel ist, wie in Südkarolina, Mississippi und Georgia, wählten gar nur 8,5 Prozent, 9,4 und 10,5 Prozent. Im protestantischen Staate Vermont (Coolidges Heimat) war die Wahlbetiligung auch nur 45,2 Prozent. In Maine 46,9 Prozent, in Kalifornien 48,8 Prozent. Bei der Wahl der Staatsbeamten in Massachusetts 1920 beteiligten sich ebenfalls nur ein Sechstel der Wähler (1922).

Die Republikaner behaupten, die Kandidatur der Unabhängigen Fortschrittspartei gefährde mehr die Demokraten als sie selbst. Diese wieder behaupten das Gegenteil. Tatsache ist, daß einige Fortschrittler sich während der letzten Tage schon so weit vorgewagt haben, einen Sieg La Follettes über seine Rivalen anzukündigen. Samuel Gompers schildert die Lage in einem Manifest folgendermaßen („New York Herald" 13. Oktober 1924):

„Vor den letzten Kongreßwahlen im November 1922 gab es nicht mehr als 50 Labour-freundliche und fortschrittliche Kongreßmitglieder, Labourleute und fortschrittliche Republikaner, sowie Demokraten stürzten sich in die Verwahlen und Wahlkampagne und wählten 170 Abgeordnete des Nationalen Repräsentantenhauses. Diese verteilen sich auf die verschiedenen Parteien folgendermaßen: Demokraten 105, Republikaner 63, Farmer-Labour Party 1, Unabhängige 1. Im ganzen 170, also ein Zuwachs von 120 Kongreßmännern während einer Wahl. Die Wiederwahl dieser 170 und Neuwahl von 50 weiteren Kongreßmännern, die das Volk vertreten, wird eine leistungsfähige Majorität von 250 (bei insgesamt 435 Kongreßmitgliedern) bringen. Die Wahl von 50 solcher Kongreßmitglieder würde dem Volke eine knappe Majorität bringen."

Im Falle, daß durch das Auftreten La Follettes die Stimmen so gespalten werden, daß keine Partei die nötigen 226 Stimmen erhält, geht die Wahl des Präsidenten der Verfassung nach am 11. Februar vom Kollegium der Wähler über auf den Kongreß selbst. In diesem Fall hat das Repräsentantenhaus den Präsidenten, der Senat den Vizepräsidenten zu wählen. Im Repräsentantenhaus ist jede Staatendelegation zur Abgabe einer Stimme für einen der drei meistgewählten Präsidentschaftskandidaten berechtigt. Im Senat ist die Wahl beschränkt auf die zwei Vizepräsidentschaftskandidaten die am günstigsten abschnitten. Wenn bis zum 4. März das Repräsentantenhaus unfähig ist, die nötige Majorität für einen Präsidenten aufzubringen, wird der Vizepräsident automatisch zum Präsidenten mit der Vollmacht, sein Kabinett zu ernennen.

In der gegenwärtigen Situation ist nun eine dauernde Komplikation möglich, weil die Parteizusammensetzung der Abgeordneten derart ist, daß — im Falle sie ihrer Partei treu bleiben — die Erzielung der nötigen Majorität für einen der drei voraussichtlichen Kandidaten bei einer eventuellen Präsidentenwahl durch den Kongreß unmöglich wird. Allerdings zeigt die Erfahrung, daß vielleicht in der Zeit vom 11. Februar bis 4. März die nötigen Stimmen für einen der beiden kapitalistischen Kandidaten aufgekauft werden können. So schreibt auch der amerikanische Korrespondent der Londoner „Times" (21. Oktober 1924):

„Sollte die Präsidentenwahl auf das Repräsentantenhaus übergehen, dann werden zweifellos alle einflußreichen Mächte des Reichtums und der Privilegien aufgeboten werden, um genügend Abgeordnete zu überzeugen, sich von ihren Parteiverpflichtungen zu lösen und die Wahl des Mr. Davies sicherzustellen, der den republikanischen Mächten ebenso erwünscht ist, wie der Präsident Coolidge selbst."

Würde es indessen zu keiner Wahl im Repräsentantenhaus kommen, sondern — wie oben erwähnt — der Vizepräsident zum Präsidenten aufrücken, so käme in Betracht: Dawes. Dieser gilt jedoch als politischer und finanzieller Abenteurer und dürfte — auch wenn er bei den großen Wahlen die meisten Stimmen zum Vizepräsidenten erhält — vom Senat nicht gewählt werden. Die Wahl dürfte entweder auf Bryan fallen — den radikalen Farmerkandidaten — oder auf Wheeler, den fortschrittlichen Advokaten, je nachdem, wer von beiden mit den zweitmeisten Stimmen der großen Wahl für die Stichwahl im Senat in Betracht kommt.

Die Kampagne wird während der letzten Wochen geführt mit dem Schlagwort: „Verfassung gegen Revolution". Fragen, wie Völkerbund, Weltschiedsgerichtshof, Imperialismus, die die amerikanische Oeffentlichkeit stark beschäftigen — sind alle Fragnisse des Obersten Gerichtshofes gegenüber dem Kongreß". Es handlt sich bei diesem „Obersten Gerichtshof" um eine staatliche Behörde, die von den bürgerlichen Intellektuellen als die Grundlage der freiheitlichen Verfassung der Vereinigten Staaten hingestellt wird, während die Fortschrittler diese Einrichtung jetzt mit aller Macht angreifen und zu beweisen suchen, daß dieser Oberste Gerichtshof zu nichts anderem diene, als dazu, die diversen Petroleum-, Stahl-, Finanz- und Trustschiebungen zu decken. Diese Behörde besteht aus neun Richtern, die vom Präsidenten auf Lebenszeit ernannt werden. Sie sollen angeblich unpolitisch sein und zwischen dem Volk, den Einzelstaaten, dem Kongreß, der Verfassung und anderen schönen Dingen mehr das Gleichgewicht halten. Während der letzten 15 Jahre nun sind die Anti-Trustbestimmungen, Kinderschutzgesetze usw. durch die Entscheidungen dieser Behörde umgangen worden. Gegenwärtig kann die Verfassung nur mit Zweidrittelmehrheit beider Kongreßkammern und mit Genehmigung von ¾ der gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten geändert werden. Die Fortschrittler aber verlangen Aufhebung dieser verfassungsmäßigen Schranken, besonders das Eingreifen des Obersten Gerichtshofes in die zojialpolitische Gesetzgebung, und schlagen vor, daß auch, wenn ein Konflikt zwischen diesem und dem Kongreß sich ergäbe — die ⅔-Mehrheit des Kongresses den Ausschlag geben solle. Diese Forderung — die Ausgeburt einer kleinbürgerlichen demokratischen Illusion, durch deren Verwirklichung die Fortschrittler ihren „Platz an der Sonne" im Kapitalismus zurückgewinnen möchten — wird natürlich von den Vertretern der offenen Diktatur des Kapitals als verfassungsumstürzlerisch, als „bolschewistisch" verschrien.

Inzwischen führt die auf dem Boden der 3. Internationale stehende Workers-Party eine ausgezeichnete Kampagne. Schon hat sie für ihre Kandidaten (Foster und Gitlow) in eif Stunden die nötigen Stimmen für die Aufstellung der Kandidaten zusammengebracht, und zwar für: Massachusetts, Neuyork, New-Jorsey, Pennsylvania, Illionis, Wisconsin, Minnesota, Nord-Dakota, Iowa, Kolorado, Montana, Washington. Vielleicht wird es ihr auch noch möglich sein, in Rhode Island, Connecticut, Indiana und Missouri zu kandidieren. Im Staate Michigan, wo sie ebenfalls kandidieren wollte, wurd sie disqualifiziert mit der formalen Begründung, die die Fortschrittler hätte ebensogut treffen müssen. Gegen die Entscheidung ist Berufung eingelegt worden.

Beide Genossen, Foster und Gitlow, haben erfolgreiche Propagandatournees durch die verschiedenen Staaten gemacht. Die Workers Party hat sich zum Ziel gesetzt, 100 000 Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen und 10 000 neue Parteimitglieder in der Kampagne zu gewinnen. Sie hat — auf Kosten der einzelnen Parteimitglieder — eine Propagandaliteraturverteilung von drei Millionen Stück organisiert. Sie hat aktiv in das scheinheilige Für und Wider der bürgerlichen Propaganda eingegriffen, die kapitalistischen Lügen entlarvt, La Follettes Illusionen blosgelegt und die eigennützigen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiteraristokraten und des Kleinbürgertums offen angeprangert.

In vieler Hinsicht zeigen sich in diesem Präsidentschaftswahlkampf in Amerika ähnliche Züge mit den eben beendeten Wahlen in England. In beiden Ländern sind die linken Parteien in einen Kampf mit den Phrasen „Verfassung gegen Revolution" verwickelt. Beide aber kämpfen ihrerseits gegen die Aufnahme der kommunistischen Parteien in die Labourbewegung. In England wie in Amerika beginnen die Gewerkschaften einen politischen Ausdruck zu gewinnen: Die dritte Partei ist auch in Amerika bereits zur Tatsache geworden. Dies aber ist das Zeichen, daß der staatliche Aufbau von Amerika, einst das beneidete Ideal der bürgerlichen Staaten Europas, selbst schon zu wanken beginnt unter dem Drucke der steigenden revolutionären Flut.

Jack v. Leckie.

Erste amerikanische Wahlergebnisse

Neuyork, 5. November.

Die ersten Wahlergebnisse aus Illinois, Rhode Island, Massachusetts und Kansas zeigen große Gewinne für Coolidge. Die Ergebnisse aus 56 Bezirken von insgesamt 4593 in der Stadt Neuyork ergaben für Coolidge 16 053, für Davis 8598 und für La Follette 2628 Stimmen.

*

Blutige Zusammenstöße.

Aus Neuyork wird gemeldet, daß sich bei dem Wahlkampf in Chikago gestern ein blutiger Zusammenstoß ereignete. Ein Mann wurde erschossen, sieben Personen, die an dem Handgemenge beteiligt waren, wurden verhaftet. Zwei Wahlurnen sind von unbekannten Tätern verbrannt worden.

Macdonald ist zurückgetreten!

London, 4. November.

Nach einem heute nachmittag abgehaltenen Kabinettsrat begab sich Macdonald um 5 Uhr nach dem Buckinghampalast, um dem König das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu überreichen, das dieser annahm. Baldwin übernahm die Neubildung des Kabinetts.

*

Damit ist auch formell das Ende der Ministerherrlichkeit Macdonalds da. Ueber die Bedeutung des Zusammenbruchs der Macdonald-Aera haben wir bereits geschrieben. Erinnern wollen wir nur noch, daß im vorigen Jahre, am Tage des Regierungsantritts Macdonalds bürgerliche und sozialdemokratische Blätter es „symbolisch" fanden, daß er mit dem Tode Lenins zusammenfiel. Diesmal ist der Fußtritt, den Macdonald von der englischen Bourgeoisie erhielt, mit der Anerkennung Sowjet-Rußlands durch seinen größten Feind in Europa, Frankreich, zusammengefallen. Das scheint uns symbolisch.

England und die Wahabiten

London, 4. November.

Nach dem Sturz des Königs Hussein verhandelt England mit seinen Besiegern, den Wahabiten. Anscheinend will es diese als Schützer von Mekke anerkennen.

Diese Anerkennung kann nur eine Konzession an die nationalistischen Strömungen in Indien und Aegypten sein, die den Kampf der Wahabiten gegen den England-Söldling Hussein mit großer Begeisterung verfolgt haben.

Proletarier! Klassengenossen!

Für jeden gefangenen Revolutionär müssen zehn neue in die Bresche springen! Das ist die Losung

für das Amnestie-Aufgebot!

Die Faszisten und sozialdemokratischen Führer sollen sich verrechnen, wenn sie glauben, durch den Justizterror die revolutionäre Partei der Arbeiterschaft zerschlagen zu können. Genossen, verwirklicht deshalb die Parole:

Für die 7000 Gefangenen: 70 000 neue Kämpfer!

Hochwasser-Katastrophe in Westdeutschland!

Eine Hochwasserkatastrophe mit bisher nicht abzusehenden Folgen hat Westdeutschland heimgesucht. Die Katastrophe brach so überraschend schnell herein, daß keinerlei Vorkehrungen möglich waren. Nachdem infolge der Regenfälle am Freitag voriger Woche ein mäßiges Steigen der Wasser gemeldet worden war, stieg der Main innerhalb 24 Stunden um das Doppelte. Der Wasserspiegel hob sich zusehends und steute die Wasser der Zuflüsse zurück. Von der Katastrophe sind die Wasserbauämter vollständig überrascht worden. Die Flut wird nur langsam sich wieder verlaufen. Die Aufräumungsarbeiten werden Wochen in Anspruch nehmen.

Auch der Oberlauf der Elbe ist erheblich gestiegen.

Hochwasser der Fulda und Werra

Die Fulda und die Werra zeigen stark steigendes Hochwasser. Weite Strecken sind überschwemmt. Im Fuldatal ist der Verkehr zwischen einer Anzahl von Dörfern unterbunden. Die Stadt Hersfeld ist durch den wolkenbruchartigen Regen teilweise überflutet. Es ist großer Schaden in den Strechen und Häusern entstanden.

Die Koblenzer Brücke gesperrt

Der Wasserstand des Rheines in Koblenz beträgt 7,50 Meter, so daß die Koblenzer Brücke für den Verkehr gesperrt werden mußte. Der Schiffsverkehr ist insofern eingeschränkt, als nur noch Schiffe zwischen Mannheim und Koblenz verkehren können.

In Trier

sind einige Stadtviertel infolge der Wasserflut von den Einwohnern größtenteils geräumt. Seit Sonnabend ist der Verkehr auf der Privat-Moselbahn zwischen Trier und Bullay vollständig eingestellt. In den besonders niedrig gelegenen Ortschaften haben die Fluten kleinere Häuser vollständig ausgespült. Der größte Teil der Häuser an der Alf-Mündung steht bis zu den ersten Stockwerken unter Wasser. Alle Uferdörfer zeigen dasselbe Bild. Wo die Einwohner durch das Hochwasser überrascht wurden, versuchen sie mit Booten in die Wohnräume zu gelangen, um ihre Habseligkeiten zu bergen. Stellenweise sind die Weinhänge überschwemmt. Die großangelegte, seit einigen Monaten im Bau befindliche Grube bei Garden ist ernstlich gefährdet. Neuerdings rechnet man auch mit einer Sperrung der Eisenbahnstrecke Trier—Koblenz, da die Betriebssicherheit schon stark beeinträchtigt ist.

Eine Berichtigung, die alles bestätigt

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Cassel, den 1. November 1924.

Der Präsident des Strafvollzugsamts.
XVII 16/3510 — Einschreiben.

In Nr 201 (Beilage) des „Klassenkampf" vom 27. 10. 24 ist ein Artikel „Klassenjustiz der demokratischen Republik" erschienen.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Berichtigung:

1. Der Strafgefangene Karl Rausch ist beim Spazierengehen auf dem Gefängnishofe nicht geschlagen oder getreten, auch nicht in der Arrestzelle mißhandelt worden.

Am 19. 8. 1924 kam Rausch in der Freistunde den wiederholten Aufforderungen des Aufsichtsbeamten, den notwendigen Abstand beim Spaziergang zu halten, nicht nach. Er machte Widerreden, weigerte sich, die Freistunde zu verlassen und nahm eine drohende Haltung ein. Als er in die Anstalt zurückgeführt werden sollte, setzte er sich zur Wehr. Sein Verhalten machte das Eingreifen mehrerer Beamten nötig. Rausch schlug um sich und stieß den Hauptwachtmeister Kerinnis vor die Brust. Er mußte mit Gewalt in die Absonderungszelle gebracht werden, aus der er aber noch an demselben Tage wieder herausgenommen wurde.

Ein auf Antrag des Rausch gegen den Hauptwachtmeister Kerinnis eingeleitetes Strafverfahren hat die Staatsanwaltschaft eingestellt. Nach dem Ergebnis der Ermittelungen war schnelles Zugreifen, da sich der Vorgang in der Freistunde vor den anderen Gefangenen abspielte, erforderlich. Das durch die Sachlage, infolge des heftigen Widerstandes gebotene Maß von Gewaltanwendung ist nach den getroffenen Feststellungen dabei nicht überschritten worden.

2. Am 5. Juli 1924 hat der Sohn eines Beamten der Strafanstalt Wehlheiden beim Vogelschießen aus Unvorsichtigkeit die Tochter eines anderen Beamten durch einen Schuß tötlich verletzt. Das gegen den Täter eingeleitete Strafverfahren hat mit seiner Verurteilung geendet. Der Vater des Täters hat niemals Gefangene mißhandelt.

Die den Gefangenen in Wehlheiden hausordnungsmäßig zustehenden Vergünstigungen werden auch den „politischen Gefangenen" gewährt. Das Verbot kommunistischer Zeitungen entspricht den bestehenden Bestimmungen.

Rasch.

*

Diese sogenannte „Berichtigung" gibt also zu, daß gegen den Genossen Karl Rausch „das Eingreifen mehrerer Beamten nötig" war, daß Gewalt angewendet werden mußte. Auch die Erschießung des jungen Mädchens kann nicht geleugnet werden. Daß es Schuld des Betreffenden war, geht daraus hervor, daß er verurteilt worden ist. So etwas nennt ein Gefängnisvorstand „Berichtigung".

Polizeiliches Vorgehen gegen den Roten Frontkämpfer-Bund

(Eig. Drahtm.) **Iserlohn, 5. November.**

Bei einem Mitglied des „Roten Frontkämpfer-Bundes" wurde durch Kriminalbeamte ein Propagandaplakat des RFB. beschlagnahmt, angeblich, weil ohne Erlaubnis der Polizei das Plakat öffentlich ausgehängt worden sei. Kurze Zeit darauf wurde in der Wohnung des Frontkämpfers durch die Kriminalpolizei eine Haussuchung abgehalten. Dieses Vorgehen gegen den RFB. zeigt, daß man auch diese Organisation unter ein Ausnahmegesetz stellen will.

Aus den Kerkerhöhlen der Ebert-Republik

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. November.**

Der wegen Beteiligung am angeblich geplanten Potsdamer Bombenattentat auf das Garde-du-Corps-Denkmal verhaftete Hamburger Genosse Zeutschel hat im Untersuchungsgefängnis bereits zweimal seinem Leben ein Ende zu machen versucht. Zur Vernehmung beim Untersuchungsrichter muß Zeutschel auf Tragbahren gebracht werden.

Gewerkschaftsbewegung

Metallarbeiterverband Halle

Aus dem Bureau des DMV. wird uns geschrieben:

Ueber die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband eingereichten Lohnforderungen finden morgen (Donnerstag) vormittag Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Halle statt.

Am selben Tage, abends 7½ Uhr, ist eine Sitzung sämtlicher Funktionäre, Kassierer und Betriebsräte im Kartellsaimer des „Volksparks", wo über das Verhandlungsergebnis Bericht erstattet wird. Das Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist Pflicht.

Die den Funktionären zugesandten Fragebogen müssen ausgefüllt und sofort auf dem Bureau abgegeben werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241105-17/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 – Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 8 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Ortsgruppe Halle

Distrikt 18 Mittwoch, den 5. November, abends 8 Uhr: **Funktionärsitzung.** Erscheinen ist Pflicht.

Oberbezirk Ost Am Donnerstag, dem 6. November, abends 8 Uhr, findet bei Weber (Flugplatz) eine Oberbezirksleitungs- sowie Distriktsleitungssitzung statt. Alle obengenannten Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Große Funktionärversammlung Mittwoch, 5. November, abends 8 Uhr, im „Elsterthal“.

Canena. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im Lokal Wenkel.

Gutenberg. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im Lokal Bertram.

Mötzlich-Tornau. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 7½ Uhr in Mötzlich im Lokal Mave.

Döllnitz. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Palmbaum“.

Dölau. Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 6. November, abends 8 Uhr, im Lokal Dierschke.

Kreis Merseburg

Dürrenberg. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im Lokal Mennicke. Alle Genossen müssen zur Stelle sein.

Teuditz. Mitgliederversammlung am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Brant in Teuditz.

Goddula. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr, in Goddula.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Kreisfunktionärkonferenz am Sonntag, dem 9. November, vormittags 10 Uhr, in Bitterfeld, im „Bürgergarten“. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Mühlbeck. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, im Gasthaus Mühlbeck.

Möst. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, dem 6. November, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Greppin. Oeffentliche Volksversammlung am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt.

Wolfen. Oeffentliche Volksversammlung am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Muldenstein. Oeffentliche Volksversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr im Gasthof.

Rieda, Schrenz. Oeffentliche Volksversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Kreis Liebenwerda

Plessa, Döllingen, Hohenleipisch. Arbeitsgebietsfunktionärkonferenz am Mittwoch, dem 5. November, abends 8 Uhr, in Hohenleipisch im „Goldenen Löwen“. Alle Ortsgruppenfunktionäre müssen unbedingt an dieser Funktionärkonf. teilnehmen.

Bockwitz. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 8. November, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Ortsgruppe Halle

Jungsturm-Ortsvorstand und Werbebezirksführer heute abend ½8 Uhr im „Volkspark“: **Sitzung.**

Abteilung 18. Heute abend ½8 Uhr im „Volkspark“: **Mitgliederpflichtversammlung.**

Abteilungsversammlungen.

Abteilung 1 u. 3. Donnerstag abend ½8 Uhr in der „Goldenen Kette“, Alter Markt.

Abteilung 2 u. 4. Donnerstag abend 8 Uhr bei Weiß.

Abteilung 5, 6 u. 7. Donnerstag abend ½8 Uhr in der „Produktiv“.

Abteilung 16, 17, 19 u. 20. Donnerstag abend 8 Uhr in den Abteilungslokalen.

Abteilung 22. Donnerstag abend 8 Uhr bei Weber, Flugplatz.

Jedes unentschuldigte Ausbleiben zieht Ausschluß nach sich.

Werbebezirk Süd. Donnerstag abd. 8 Uhr in „Löfts Hof“: **Mitgliederpflichtversamml.**

Mützen können zum Preise von 2,50 Mk. Donnerstag in der Zeit von 4 bis 8 Uhr bei Kamerad Sachse, Am Wasserturm 2, empfangen werden.

Untersuchungsausschuß. Freitag abend 7 Uhr im „Volkspark“: **Sitzung.**

Alle Kameraden, welche am Sonnabend per Auto mit nach Gotha zum „Roten Tag“ fahren, wollen sich am Donnerstag abend in der „Produktiv“ melden. Fahrpreis wird daselbst bekanntgegeben.

Saalkreis

Teicha-Merkewitz. Sonnabend, den 8. November, abends 8 Uhr, im „Roten Haus“: **Mitgliederversammlung.** Ausgabe der Abzeichen.

Mansfelder Seekreis

Eisleben. Mittwoch, den 5. November: **Pflichtversammlung. Bei Nichterscheinen** wird strengstens vorgegangen werden.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, den 6. November, abends ½7 Uhr, Treffen im „Bürgergarten“ 7 Uhr: **Abmarsch.** Jeder Kamerad ist verpflichtet, zu erscheinen.

Niemegk. Donnerstag, 6. November, abends 8 Uhr, im kleinen Gasthof: **Gründungsversammlung.**

Bitterfeld. Sonnabend, den 8. November, abends 7 Uhr: **Vorstands- und Gruppenführer-Sitzung.** Abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Gruppenführer: Oktoberabrechnung

Kreis Zeitz

Unterbezirk Zeitz. Mittwoch, den 5. November, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge“ in Zeitz: **Sitzung aller Ortsgruppen-Vorsitzenden.**

Zeitz. Mittwoch, den 5. November, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge“: **Singestunde.**

Kreisvorstand RFB.

Telephon 8617

Herren- und Damen-Garderobe in größter Auswahl!

Besichtigung ohne jeden Kaufzwang!

Wer wird denn weinen

wenn man Möbel kaufen geht-
wo doch ganz nah die Firma H. Liebau steht-
Man kauft dort auf Kredit- u. denkt sich heimlich bloß
Nun bist du endlich alle Einkaufs-Sorgen los

H. Liebau

Halle a. d. S.
Merseburger Str. 22

3302 **Geringe An- und Abzahlung!**

Licht- C.T. Spiele

Am Riebeckplatz **Gr. Ulrichstraße 51**

Morgen, Donnerstag, nachmittag 4 Uhr

in beiden Theatern zugleich

Ein Nachtstück in 7 Akten

Schatten von Paris – Nächte der Großstadt! Gespenstische, unheimliche Pariser Nächte! Hinter jeder Ecke lauert eine Gefahr, unter jeder Laterne ein Laster . . . alte, verfallene Häuser . . . . . Durch eine schlecht verschlossene Tür sickert schwaches Licht, das einzige Zeichen sichtbaren Lebens, vielleicht der versteckte Notausgang irgendeiner Kaschemme, der sich im Augenblick der Gefahr auftut und seltsame Schatten ausspeit – irgendwo öffnet sich wie ein schwarzer, gieriger Schlund eine Sackgasse. Elend und Verbrechen wohnen dicht neben einander. Wenn hier ein Sandsack auf sein Opfer fällt, so hallt ungehört in diesem grauenhaften Bauch von Paris der letzte Schrei des Verlorenen. 3312

Dies das interessante Milieu, in dem der neue Pola-Negri-Film, der erste, den wir seit vielen Jahren in Deutschland zu sehen bekommen haben, spielt. Die Berliner Uraufführung hatte infolgedessen auch den Charakter einer Sensations-Première für alle Filmfreunde und endete mit einem namhaften Publikumserfolg.

Aus Gründen der ungemein hohen Aufführungskosten sehen wir uns gezwungen, diesen gewaltigen Qualitätsfilm in unseren beiden Theatern zugleich aufzuführen.

Ufa-Theater „Walhalla“

Täglich 5,30 und 8,00 Uhr:

Kapitän Schneider

mit seinen

50 Löwen 50

Der größte Löwendresseur der Welt

Fütterung in jeder Vorstellung

Im Filmteil:

Die Wunder des Amazonenstromes

Abenteuerfilm in 5 Akten 3308

Jugendliche zur ersten Vorstellung wochentags halbe Preise – Beginn 4 Uhr

Beachten Sie die Schaufenster der Firma **Alex Michel** am Markt

Junglöwenschau

Sie können es dem Kinde sagen

Dieses Jahr bringt der Weihnachtsmann
Dir 'nen feine Puppenwagen,
Freude strahlende Augen dann,
Geh' zu Paris, Brüderstraße,
Suche aus, was dir gefällt,
Denn gut und billig ist die Ware,
Die man dort am Lager hält,
Wirklich gute, hübsche Sachen,
Erhält man dort für wenig Geld.

Puppenwagen und Betten, Selbstfahrer, Kinderwagen, Stubenwagen, Kinderstühle und Tische, Schutzgitter alles in enormer Auswahl zu niedrigsten Preisen

im **Spezialhaus** 3311

Bruno Paris, jetzt Brüderstraße 1 Minute vom Markt

Schreibwaren

empfiehlt **Volksbuchhandlung.**

ZOO Zoo

Donnerstag, den 6. November 1924:

4. volkstümliches **Sinfonie-Konzert** des **Wittekind-Orchesters.**

Leitung: **Benno Plätz.** *798

Solist: **Bruno Flögel, Klavier.**

Stamitz: Orchester-Trio E-dur; **Ph. Em. Bach:** Klavierkonzert D-moll; **Mozart:** Ouvertüre Titus, Sinfonie Es-dur, Ouvertüre Zauberflöte.

Eintritt 50 Pf.

Flügel aus dem Magazin B. Döll

„Germania-Felsenfest“

Sonnabend, den 8. November, abends 7 Uhr, im vollständig renovierten Lokal „Goldener Hirsch“:

16. Stiftungsfest mit großem Sportprogramm

Anfang des Programms 7½ Uhr

3307 **Der Arbeitsausschuß**

Schwarzkopfs Restaurant

Burgstraße 7

Donnerstag, den 6., und Freitag, den 7. November: 3305

Schlachtefest

Otto Schwarzkopf und Frau

„Volkspark“

Sonnabend, den 22. Nov., **großer Saal noch frei!** 3310

Bestellungen der Säle für Veranstaltungen für das Jahr 1925 werden angenommen

Sowjetsterne

in den bekannten Größen. Stück **40** und **50** Pf.

Runen, Stck. 40 Pf.

Edelbein-Anhänger für Frauen und Mädchen **1 ℳ**

KJJ.-Abzeichen Stck. 50 Pf. wieder eingetroffen.

Bezirks-Buchhandlung und deren Filialen

Sprechapparate Schallplatten

stets die neuesten Aufnahmen im 1122

Musikhaus Niehle

Weißenfels, Jüdenstr. 3

Ich bin der Mama Liebling,
Nicht weil ich artig, brav und still!
Nein, weil ich stets vom Kaufmann hole
Die Marke „Weltruf“, die sie will!

„Weltruf“ nur Held schuf!

Liebe Hausfrau, laß Dir raten,
Nimm zum kochen, backen, braten,
Nur „Held's Weltruf“ *) frisch und rein,
Denn sie ist wie Butter fein!

*) Die stets frisch gekirnte **Delikateß-Margarine!**

Leipziger Margarinefabrik Richard Held

Schkeuditz (Provinz Sachsen)

gegr. 1890

Generalvertreter für den Bezirk Halle:

R. Otto Barthel, Halle, Niemeyerstr. 9

Fernsprecher 1315 *326

Lager mit Gleisanschluß und Bureau:

Delitzscher Straße 90

Stadt-Theater

Donnerstag 7½ Uhr:

Wetterleuchten

mit den Damen: Hein, Seffing, Thetter-Lange
den Herren: 3309 Haller, Tiedemann, von Xylander

Freitag, 7½ Uhr: **D. fliegende Holländer** (ohne Pausen)

Arbeiter-Schwimmverein

Sonnabend, den 8. November abends 7.30 Uhr 3306

Mitglieder-Versammlung

in der „Produktiv-Genossenschaft“

Der Vorstand

Auf **Kredit**

Bettstellen Metallbetten Federbetten Kleiderschränke Vertikos Küchen 340

bei kleinster Anzahlung u. selbstzubestimmenden Teilzahlungen

Kredit auch nach auswärts.

R. Fuchs

Möbelhaus

Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 58 I., II., III. Etage

Nach wie vor

kaufen Wiederverkäufer vorteilhaft

Schokoladen, Keks Kakao, Bonbon

sowie alle anderen **Süßigkeiten** bei der bekannten *339

Schokoladen-Spezial-Großhandl.

Willy Voigt

Halle, Markt 6

vorm **Bachran & Co.**

Ecke Schülershof. Tel. 4736

1120 Morgen,

Donnerstag:

Frische Wurst

Adolf Schumann,

Zeitz, Kramerstraße 12

Hasen- Kanin- Ziegen- Schaffelle 1121

kauft zu höchsten Preisen am Platze

Albert Lötsch

Fellgroßhandlung

Weißenfels

Nur Jüdenstr. 8

Telephon 442

Jugendschriften

empfiehlt die

Volksbuchhandlg

Pelzsachen

3303 werden sauber und sachgemäß umgearbeitet.

J. Kaliga, Kürschnerm.

Gr. Klausstr. 35

Wringmaschinen

repariert und setzt neue Walzen ein

Otto Sparmann

neben Walhalla

Fernspr. 6504 *341

Pianos

Harmoniums Sprechapparate

Lüders, Mittelstr. 9/10.

Aelteste Handlung am Platze 338

Zeitungsträger

für **Dornstedt** bei Schafstaedt per sofort gesucht. Meldungen beim Genossen **Albert König**

Alle Sorten

Häute, Felle, Wolle

kaufen zu Höchstpreisen

Gebr. Danglowitz,

Fischerplan 2 334

Annahme von sämtlichen Fellen zum Zurichten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241105-17/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis

Roter Tag bei „Blättchens“ Kasper

Objektiv? Quatsch! Ist verboten
Im Gefechte großer Hitze.
Besser sind so kleine Zoten — —
Liebliche Gedankenblitze.
Denn die Leser meiner Zeitung
Brauchen witzige Anleitung.

Roter Tag? Quatsch! Ist gewesen
Als ich als der „linke“ Clown
Mit dem schönen „linken“ Besen
Und dem blütenreinen Ton
Meine rechten Freunde foppte
Und sie aus der Zeitung kloppte.

Objektiv? Das ist ein Fehler
Aller kleingestirnten Köpfe.
Diesen haben meine Wähler
Und die schwarzrotgoldnen Tröpfe.
Ja! Die Leser meiner Zeitung
Brauchen witzige Anleitung.

Also, um den Witz zu machen:
Roter Tag, des roten Bundes —
(Wer jetzt will, kann jetzt schon lachen.)
Ist ein Beispiel großen Mundes.
Kinderwagen, Säuglingsgarden
Füllt des Volkshaus großen Garten.

O, daß ich es nicht vergesse:
Altbewährte rote Männer,
(Denn bei meiner Leutnantstresse
Hier ist Kasperle nur Kenner)
Füllten dann die ersten Reihen,
Um die Fahne einzuweihen.

O, was muß der Kasper lügen,
Um bei Schulze sich zu retten.
Um das große Volksbetrügen,
„Linke“ in den rechten Betten,
Nicht so offen zu gestalten —
Komisch sind Naturgewalten.

Ferchland schreibt, der Kasper lenkt,
Stößt ihn auf die graden Bahnen.
Weiße Tücher wallend senkt
Auf des Kaspers süßes Ahnen:
Ja! Die Leser seiner Zeitung
Brauchen witzige Anleitung.

Fritz.

Wut- und Lachkrämpfe in Halle

Wir haben die hysterischen Schreier vom „Volksblatt“ sich ruhig ausquatschen lassen. Als wir bei ihrer „Verfassungsfeier“ zahlenmäßig genau feststellten, wieviel Dummköpfe sich die Zoten und „Ausgerechnet Bananen“ plärrenden Jazzband anhörten, da kuschten sie. Jetzt sind sie dumm genug, mit Retourkutschen zu antworten — nur mit dem einen Unterschied, daß sie keine positiven Tatsachen vorbringen können, sondern nur wie der Mops den Mond, den „Klassenkampf“ ankläffen. Was die Arbeiter von dem Krakehlen des „Volksblatt“ denken, beweisen uns die zahlreichen Zuschriften, die wir dazu erhalten haben, und von denen wir hier einen Teil folgen lassen.

*

Der Rote Frontkämpfertag hat für viele Einwohner der Stadt Halle leider einen unangenehmen Ausgang. Der gewaltige, kraftvolle Massenaufmarsch des klassenbewußten mitteldeutschen Proletariats hat eine epidemieartige Krankheitserscheinung hervorgerufen, die man nie und nimmer erwarten konnte. Im ersten Falle handelt es sich um sogenannte Wutkrämpfe, von denen einzelne Anwohner der Stadt befallen wurden. Die Wutanfälle kamen bei einigen hiesigen Mitgliedern des schwarzrotgoldenen Haarmann-Klubs mit einer derartigen Heftigkeit zum Ausbruch, daß sie selbst nach Anwendung des Kneippschen Naturheilverfahrens durch die Feuerwehr mit unverminderter Heftigkeit fortdauern. Für einige dieser Aermsten besteht die Gefahr des Platzens. Leider war es noch nicht möglich, die Tobsüchtigen in eine Gummizelle zu sperren, obwohl bei Ausbruch dieser Wutkrämpfe die hallische Schutzpolizei durch einige Hundertschaften aus anderen Orten verstärkt wurde.

Da diese gefährliche Krankheit bisher nur unter den Mitgliedern des „Haarman-Klubs“ auftrat und dieser Verein nur einen ganz geringen Mitgliederbestand aufweist, kann man wohl annehmen, daß diese Tollwut in kurzer Zeit erstirbt. Zu den von der Tollwut Befallenen gehören auch die Spaßmacher des hallischen „Blättchens“. In ihrer Tollheit ist es ihnen gelungen, die Montagnummer als Witzblatt herauszugeben, und wir müssen ehrlich zugeben, daß es bisher noch keinem anderen fliegenden Blättchen gelungen ist, derartige Lachsalven und -krämpfe hervorzurufen. Ganz Halle spricht vom Blättchen, ganz Halle berstet fast vor Lachen über die geistreichen Einfälle der politischen Spaßmacher vom Harz. Wir Deutschen brauchen nicht zu verzweifeln. Solange es noch so viel Humor gibt, geht das Blättchen und sein schwarzrotgelbes Vaterland nicht zugrunde. Wenn nur nicht die Tollwut wäre. Der schwarzrotgoldene Friedericus-Klaps vom Blättchen schneidet seit einigen Tagen furchtbare Grimassen, da der Stuhlgang ausblieb. Sein besorgter Freund Gottlieb Kürbiskopp ist nun heute schnell zu einer Hebamme gelaufen, mit deren Hilfe es dann gelungen ist, dem Jüngling Fritz einen eigroßen Gallenstein aus dem Steiß zu holen. „Das macht der Aerger“, sagte die Hebamme, auf Befragen gab Kritzel-Fritze zu, daß er sich allerdings über einige seiner Klecksbrüder furchtbar geärgert habe. So sei zum Beispiel einer seiner Leidensgenossen in einem derartig schmutzigen Gewand zum „Volkspark“ gegangen, daß ein kleiner Junge, der den Anzug unvorsichtigerweise berührte, derartig an dem Schmutz kleben blieb, daß er nur mit Hilfe eines Taschenmessers von dem dreckklebrigen Anzug des Gelegenheitsschreibers vom Blättchen zu trennen war. Es soll auch im „Volkspark“ ein eigenartiger, Haarmännern ähnlicher Geruch wahrgenommen worden sein. Man konnte noch nicht feststellen, ob die Ursache des penetranten Geruches der schmutzige Anzug oder die Mostrichwut war, die zum Himmel stank. Kritzel-Fritze stellte aber fest, daß beides zum Geruch beitrug und ärgerte sich noch mehr, als er entdeckte, daß er kein Geld bei sich hatte, um den Eintritt zum großen Saal zu bestreiten. Fritz, der Jüngling ohne Lockenhaar, war aber nicht verlegen, schloß sich kurzerhand den Sängern an und erreichte auf Hintertreppen den Saal und die Bühne und zählte von hier aus die Massen der Roten Frontkämpfer. Fritz war bescheiden, wenn er schrieb, daß 200 Teilnehmer zugegen waren. Wir konnten feststellen, daß es genau 201 Mann waren, einschließlich Kritzel-Fritze. Fritzchen nahm dann auch eine Leutnantsportion Erbsen in Empfang und gab seinen Freunden einen Teil davon ab. Alle bekamen hiernach die Tollwut. Es soll nun geprüft werden, ob die Erbsen oder der Aerger Ursache dieser Wutkrämpfe sind.

Der Pleite-Erfolg, den uns das SPD.-Blättchen verheißen hatte, war der, daß vom Sonntag bis gestern in Halle 126 neue Mitglieder des RFB. gewonnen wurden.

Amnestie-Aufgebot!

Das Lenin-Aufgebot der KPD.

Als im Januar d. J. der hervorragende Führer des internationalen Proletariat starb, als die russischen Proletarier ihren Iljitsch zu Grabe trugen, verfielen sie trotz des unendlichen Schmerzes nicht in Tatlosigkeit. In diesen Tagen, die die Welt erschütterten, schwuren die russischen Arbeiter und Bauern, das Vermächtnis Lenins zu bewahren gegen alle Versuche, die Diktatur der russischen Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft zu gefährden. Die Lehre und die Methode Lenins wiesen ihnen den Weg:

Nur eine Massenpartei des revolutionären Proletariats ist imstande, die revolutionäre proletarische Diktatur aufrechtzuerhalten.

Aus dieser Lehre zogen unsere russischen Brüder die Konsequenz: Die hervorragendsten, erprobtesten Elemente der russischen Arbeiterschaft, die noch nicht in der RKP. organisiert waren, traten zu Hunderttausenden in die russische Kommunistische Partei ein. Die Belegschaften vieler großer Betriebe Moskaus, Leningrads, des Donbaß usw. beschlossen einstimmig, geschlossen in die Partei Lenins einzutreten, um durch aufopfernde Tätigkeit innerhalb der RKP. Lenin kollektiv zu ersetzen.

Mehr denn 200 000 Arbeiter traten innerhalb weniger Tage und Wochen ein in die stürmende Vorhut des russischen Proletariats, in die kampferprobte, stahlharte Partei der Bolschewiki, welche in heldenhaftem Kampf und unter unendlichen Opfern an der Spitze der Roten Armee der Weltrevolution marschierte, in Rußland die Diktatur des Proletariats errichtete, den ersten Rätestaat der Welt aufbaute und heute, wie vor zehn Jahren, vorwärtsstürmt, im roten Sowjet-Rußland den Grundstein zu einer neuen, kommunistischen, klassenlosen Gesellschaft legt und dem Weltproletariat vorauseilt mit dem roten Kampfesbanner der Weltrevolution mit Hammer und Sichel, immer wieder aufrufend, ermunternd, mahnend, dafür bis aufs letzte zu kämpfen, was mit heroischem Opfermut am 7. November 1917 die russischen Proletarier errungen haben, rufend zum Kampf, es unseren russischen Brüdern gleich zu tun.

Mehr denn 200 000 russische Proletarier traten in den Tagen, als Lenin starb, in die Russische Kommunistische Partei, um am frischen Grabe des gewaltigsten Führers der Weltrevolution den Schwur zu leisten, nicht eher zu ruhen, als bis Lenins Ziel, Lenins Wollen und Streben, als bis das Endziel des Proletariats in der ganzen Welt erreicht ist.

Mehr denn 200 000 russische klassenbewußte Arbeiter traten in wenigen Wochen in die RKP. ein, der Weltrevolution des Proletariats unverbrüchliche Treue zu schwören, energisch unter Aufopferung aller Kräfte die Ideale des russischen und des internationalen Proletariats zu verfechten.

So handelte das russische Proletariat, als es galt, den klaren und eindeutigen Weg, den Lenin gegangen, nun ohne Lenin weiterzugehen, mit seiner Methode weiter den Kampf für den endgültigen Sieg des Weltproletariats zu fühen.

Heute hat das deutsche klassenbewußte, revolutionäre Proletariat eine ähnliche Aufgabe. Allen Terrormaßnahmen der Bourgeoisie zum Trotz muß das deutsche Proletariat klar und zielbewußt auf seinem Wege weiterstürmen, immer das leuchtende Ziel vor Augen, um seine historische Aufgabe zu erfüllen.

Gerade infolge der Terrormaßnahmen der deutschen Bourgeoisie wird die deutsche Arbeiterklasse mit unumgänglicher Notwendigkeit gezwungen, seine Führerin, die

Kommunistische Partei zu einer noch gewaltigeren Massenorganisation auszubauen,

die imstande ist, alle ihre Aufgaben mit Erfolg durchzuführen.

Wenn die Herrschenden versuchen, die Kampfkraft des Proletariats durch eine brutale Klassenjustiz zu lähmen, so muß die deutsche Arbeiterschaft darauf nur die eine Antwort kennen:

„Nun erst recht“!

Nun erst recht um die einzige Interessenvertreterin der Arbeiterschaft geschart. Nun erst recht in die Kommunistische Partei, in die einzige Kampfpartei des Proletariats!

In diesen Tagen wird ganz besonders die deutsche Arbeiterklasse erkennen können, was das Bestehen, das Wachsen einer Kommunistischen Partei bedeutet.

Nur wenige Tage trennen uns von dem Tage, an dem wir zum siebenten Male der Jahrestag des Sieges der russischen Revolution vom 7. November 1917 begehen. Seit sieben Kampfesjahren befindet sich die Staatsgewalt in einem gewaltigen Lande, das ein Sechstel der gesamten Erde ausmacht, in Sowjet-Rußland in den Händen des russischen Proletariats, unter Führung der kampferprobten Partei der Bolschewiki, der RKP. Wundertaten, die von unendlichem Mut, von ungeheurer Tapferkeit zeugen, die beweisen, daß das russische Proletariat eine geschichtliche Aufgabe zu lösen imstande ist, haben die Arbeiter und Bauern Sowjet-Rußlands

unter Führung der RKP.

vollbracht. Heute steht Sowjet-Rußland fester denn je und geht immer weiter mit Kampfentschlossenheit den Weg, den Lenin, den die RKP. ihm wies.

Wenn daher gerade in dieser Zeit die KPD. die Massen der deutschen Arbeiterschaft an sich kettet, so hat das seine ganz besondere Bedeutung. Mit der

Theorie und Methode Lenins,

mit der Theorie und Methode der Kommunistischen Internationale muß die deutsche Arbeiterklasse in den Kampf gehen, wenn sie siegen will. Lenins Methode, Lenins Theorie, das ist das Banner, unter dem heute nicht nur das deutsche, sondern auch das gesamte internationale Proletariat marschieren muß.

Die Bolschewisierung der Partei

ist heute kein Schlagwort mehr, wie es der immer heftiger werdende Angriff der Bourgeoisie und ihrer Organe gegen unsere Partei beweist. Den Versklavungsplänen des internationalen Kapitals, dem Dawes-Diktat, dem Londoner Pakt, der die Kolonisierung Deutschlands bedeutet, steht heute eine

Kommunistische Massenpartei

als gewaltiges Hindernis im Wege.

Daher die nie endende Verfolgungskampagne gegen die KPD. Daher die systematische Mordhetze gegen die kommunistischen Führer. Daher die Haftbefehle gegen die kommunistischen Reichstagsabgeordneten. Daher die Schnellfeuerjustiz der deutschen Republik gegen revolutionäre Arbeiter. Daher Zuchthaus und Gefängnis, Maschinengewehre und geheime Mordorganisationen.

Für die klassenbewußten Arbeiter Deutschlands kann es auf diesen Terror nur die eine Antwort geben:

„Nun erst recht für die Kommunistische Partei“!

Die Herrschenden hoffen, durch ihren Terror gegen die Kommunisten Verwirrung und Einschüchterung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen, sie vom Kampf um höhere Löhne, um den Achtstundentag, um die Arbeiterrechte abzuhalten. Auf diese Weise versuchen sie, die Stoßkraft der KPD. zu lähmen.

So zwingen sie die KPD., ihren Prozeß der Bolschewisierung zu beschleunigen. Gerade unter den Schlägen der Klassenfeinde lernt die KPD. bolschewistische Methoden anzuwenden. Gerade unter den Schlägen der Bourgeoisie gegen die KPD., d. h. die Führerin des deutschen Proletariats, muß auch der letzte Arbeiter erkennen, um was es geht, wofür er zu kämpfen hat.

Ein eisernes Band, eine starke disziplinierte kommunistische Massenpartei muß alle klassenbewußten Arbeiter zusammenschmieden.

Alle ehrlichen Arbeiter müssen jetzt endlich erkennen, wie sie den Sieg über ihre Unterdrücker davontragen können.

Hinein in die KPD.!

muß die Parole für alle klassenbewußten Arbeiter, die noch außerhalb der Partei stehen, sein.

Auf jeden unserer Gefangenen 10 neue Parteimitglieder!

Diese Aufgabe müssen unsere Genossen und Genossinnen in diesen Tagen erfüllen.

Der Bourgeoisie, die uns vernichten will, müssen wir beweisen, daß sie mit ihrem Terrorfeldzug gegen die Kommunisten das Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigte. Unsere Genossen in den Zuchthäusern und Gefängnissen wird es eine Befriedigung sein, wenn wir ihnen zurufen können, daß außerhalb der Gefängnistore die Armee wächst, die sie aus den kapitalistischen Ketten befreien wird.

Unsere Kampfesarmee zu verstärken, sind wir unseren gefangenen Helden schuldig.

Genossen und Genossinnen!

Nützt die wenigen Tage dieser Woche aus, um das Amnestieaufgebot nicht nur zu erreichen, sondern noch zu übertreffen. Denkt an unsere hinter vergitterten Fenstern schmachtenden Genossen! Dann werdet Ihr die Kraft, den Mut, die Begeisterung finden, es in die Tat umzusetzen:

70 000 neue Kämpfer in die Kommunistische Partei!

Ein SPD.-Arbeiter zu den „Volksblatt“-Lügnern

An die Redaktion des

„Klassenkampf“,

Lerchenfeldstr.

Als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sah ich dem angekündigten Roten Frontkämpfertag mit größter Spannung entgegen und nahm aus diesem Grunde an sämtlichen Veranstaltungen im „Volkspark“ als Zuschauer teil. Ich muß ehrlich sagen, daß mir die kleinliche, gehäßige Schreibweise des „Volksblattes“ immer etwas würdelos erschien und ich habe den Roten Frontkämpfertag hauptsächlich aus dem Grunde beigewohnt um meine eigenen Eindrücke und Erlebnisse mit einem Bericht des „Volksblattes“ zu vergleichen. Wenn ich des öfteren den Behauptungen des „Klassenkampf“, nach denen die SPD. eine arbeiterfeindliche Politik betreibe, zweifelnd gegenüber stand, so sind mir seit gestern diese Zweifel genommen und mußte erkennen, daß die Behauptungen des „Klassenkampf“ zutreffen. Ich war erstaunt über den gewaltigen Andrang von roten Frontkämpfern im „Volkspark“ und für mich war es auch klar, daß die Beteiligung vielleicht doppelt so stark gewesen wäre, wenn man den geplanten Umzug gestattet hätte. Ich habe nun im „Volksblatt“ einen objektiven Bericht erwartet, da ich als Leser des Blattes nicht falsch informiert sein möchte. Der Volksblattbericht vom 3. d. M. hat mir und sicher noch vielen anderen Lesern des „Volksblattes“ gezeigt, mit welchen Mitteln und Niederträchtigkeiten auf unserer Seite gekämpft wird. Ich habe mich über das Geschreibsel, das meines Erachtens nach als Hohn gelten soll, aber weiter nichts als blinde Wut gegenüber des Massenaufmarsches des RFB. ist, sehr geärgert und bin entschlossen meinen Austritt aus der SPD. und dem Reichsbanner zu vollziehen. Das Abonnement des „Volksblattes“ werde ich mit dem des „Klassenkampfes“ vertauschen. Als Quittung für die Nasführung durch das „Volksblatt“ stelle ich Ihnen die Veröffentlichung dieses Briefes im „Klassenkampf“ frei. Mit proletarischem Gruße

A. M., Halle

Am 7. November

dem 7. Jahrestag der russischen Revolution, marschiert das hallische Proletariat in Massen zur

Revolutionsfeier

im großen Saale des „Volksparks“, Burgstraße, auf

„ . . . . . Mostrich auf dem Kriegspfade“

Eine Arbeiterin schreibt uns:

Gestern wurde ich Zeuge eines interessanten Vorfalls. Mehrere junge Arbeiterinnen, welche nach Beendigung der Versammlung der Bäckerei- und Konditoreiarbeiter das Gewerkschaftshaus verließen, **wurden plötzlich von einer Horde von ungefähr 15 Angehörigen des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ regelrecht überfallen und tätlich angegriffen.** Letztere hatten unter den die Versammlung verlassenden Arbeiterinnen einige als Kommunisten erkannt und hielten nun die Zeit für gekommen, ihr Mütchen an den verd . . . Kommunisten kühlen zu können. „Kommunistenpack“ — „Lumpenpack“, das waren noch die zartesten Ausdrücke, mit denen man die jungen Mädchen belegte. Ja, man ödete sogar eine verheiratete Frau in unsittlicher Form an. Als sich eine der Ueberfallenen zur Wehr setzen wollte, wurde ihr sogar von solch einem schwarzrotgoldenen Helden die Handtasche entrissen. Nur durch das Zugreifen ihrer Kolleginnen wurde das junge Mädchen von den Stockschlägen eines der Unholde bewahrt. Die Mädchen konnten sich nur durch die Flucht vor weiteren Belästigungen retten.

Ein trauriges Zeichen für die übrigen Teilnehmer der Versammlung war es aber, daß sie noch nicht einmal den Versuch unternahmen, die jungen Arbeiterinnen vor dem Angriff dieser Helden vom Mostrichtopf zu schützen. Nun ja, es waren ja sozialdemokratische Gewerkschafter, die können ja nicht gegen ihre uniformierten Genossen Wegelagerer vorgehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241105-17/fragment/page=0005
DFG

Bezeichnend ist noch, daß einer dieser Tugendhelden den Mädchen gegenüber bemerkte:

„Macht, daß Ihr hinauskommt aus dem „Gewerkschaftshaus, hier seid Ihr nicht im „Volkspark“. Ein zweitesmal kommt Ihr nicht wieder herein.“

Dies der Bericht, den uns die Arbeiterin übermittelt. Also, soweit ist es schon gekommen, daß die Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie ja nicht der reformistischen Fakultät angehören, nach Versammlungsschluß von der Mostrichgarde aufgelauert werden, um ihnen den praktisch freigewerkschaftlichen Geist einflößen zu können. Von denselben Elementen, die so gern brüllen: „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren . . .“

An wehrlosen Mädchen versuchen sie ihren Heldenmut zu beweisen. Ist das vielleicht die ohnmächtige Wut über den Aufmarsch der Roten Frontkämpfer am Sonntag? Traurige und feige Gesellen, die auf hoher „ethischer“ und „kultureller“ Grundlage stehen wollen und sich solcher Schmähungen und Handlungen bedienen müssen, um ihren schwarzrotgoldenen „Frontgeist“ demonstrieren zu können. Den Arbeitern aber soll dieser Vorfall eine Lehre sein. Wo sich diese Lümmels madiz machen, sollen sie ihnen einen Denkzettel geben, daß ihnen die Lust vergeht, wehrlose Mädchen regelrecht zu überfallen.

---

* **Kommunistische Metallarbeiter.** Heute abend 7½ Uhr, im „Volkspark“ (Rauchzimmer): Aeußerst wichtige Fraktionssitzung. Alle kommunistischen Metallarbeiter müssen erscheinen.

* **Alle Genossen,** die im Chorwerk „Drei Fronten“ als Einzelspieler mitwirkten, treffen sich am Donnerstag, dem 6. November, abends 7 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.

* **Die Löwenschau im Walhallatheater.** Seit Freitag voriger Woche gastiert Kapitän Schneider mit seiner großen Löwenschar (45 Stück) im Walhallatheater. Die Vorführungen sind sehr interessant. In jeder Vorstellung findet eine Fütterung der Raubtiere statt. Kapitän Schneider steht dabei mitten unter den Löwen und wirft diesen das Fleisch in den Rachen. Ein junger Löwe wird auf dem Arm eines Gehilfen im Zuschauerraum gezeigt. Die Vorführungen zeigen, daß Kapitän Schneider die wilde Gesellschaft völlig in seiner Gewalt hat. — Im Filmteil gibt es herrliche Aufnahmen vom Amazonenstrom in Brasilien.

Beesedau. Am 25. Oktober berief das SPD.-Grüppchen eine Versammlung ein zwecks Gründung einer Filiale des „Reichsbanner“. Sieben Mostrichleute waren nur erschienen, da die proletarischen Frontkämpfer bereits dem „Roten Frontkämpfer-Bund“ beigetreten sind. Nun betreibt das Reichsbännerlein Straßenagitation, um in der Beesedauer Filiale wenigstens einen erweiterten Vorstand bilden zu können.

Aus der Jugendbewegung

Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Volkspark“:

Oeffentliche Mitgliederversammlung

Thema: Der 7. Jahrestag der russischen Revolution.

Jeder Jungarbeiter und -arbeiterin muß diese Veranstaltung besuchen.

KJD., Ortsgruppe Halle

*

Nietleben. Umstände halber kann die für heute abend angesetzte öffentliche Jugendversammlung nicht stattfinden. Sie wird nunmehr endgültig am Freitag, dem 7. November abends 7½ Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“ stattfinden.

Aus der Provinz

Zusammengebrochener Kommunistenprozeß

Alle angeklagten Kommunisten freigesprochen

Das Naumburger Schöffengericht hatte vor einiger Zeit gegen **16 Arbeiter aus Großosterhausen** verhandelt wegen **Vergehens gegen das Republikschutzgesetz.** Sechs der Angeklagten wurden verurteilt zu je **4 bzw. 3 Monaten Gefängnis, weil sie angeblich als „Führer“ an einer Nachtfelddienstübung „proletarischer Hundertschaften“ teilgenommen haben sollten.** Die übrigen Angeklagten waren freigesprochen worden.

Die Verurteilten hatten Berufung eingelegt. In der nun stattgefundenen Verhandlung vor dem Naumburger Berufungsgericht versagte der Kronzeuge des Staatsanwalts, ein Schmied Weilepp aus Großosterhausen, auf dessen Angaben hin der ganze Prozeß entstanden war, vollständig. Das Gericht kam selbst zu der Einsicht, daß dieser „Kronzeuge“ geflunkert hatte. Es war also absolut nichts zu machen und so brach die ganze Kommunistenhetze zusammen. **Auch die sechs in der ersten Instanz Verurteilten mußten nun freigesprochen werden!**

Wir gratulieren dem Herrn Staatsanwalt zu diesem Reinfall. Es muß schon sehr schlecht um seine Sache gestanden haben, wenn das Gericht gezwungen ist, ihn so im Stiche zu lassen. Auch hier gilt das Sprichwort: Blinder Eifer schadet nur! Ja, die verflixten Kommunisten!

Merseburg-Querfurt

Zum Stahlhelm-Klamauk in Schkeuditz

wird uns noch geschrieben:

Dieser Sonntag war eine Lehre für die Arbeiter unserer Stadt! Wir Kommunisten erlebten den Beweis für die Richtigkeit unserer Einstellung zur gelobten „freiesten Republik“. Und Euch, Arbeiter in der SPD. und im Reichsbanner, ist wohl auch ein Licht bei diesem „erhebenden Schauspiel“ aufgegangen. Wahrlich, es war gut so! Das war einmal die unverhüllte, auch vom letzten demokratischen Nebel befreite Klassenfront der Bourgeoisie, die da mit den Kriegsfahnen und schwarzweißroten Bändern durch die Straßen marschierte.

Habt Ihr die Musik gehört? — „Hakenkreuz am Stahlhelm . . .“ Habt Ihr die typischen Gesichter der Offiziere gesehen? — Das waren jene „Helden“ hinter den Schützengräben, die Euch als Schlachtvieh vortrieben! Habt Ihr in die Gesichter der gutuniformierten Leute gesehen? — Das waren jene, die in den Etappen das Eiserne Kreuz verdienten! Und habt Ihr die marschierenden Männlein belächelt, deren ganze Bekleidung den darbenden Lohnsklaven zeigte? Ach, das sind jene, die sich aus Dummheit ihren eigenen Henkern verkauft haben! Und dann die würdevollen Herren mit Zylinder? Das waren solche, die auf der Erde nicht alle werden.

Ja, es war gut, daß die Bourgeoisie einmal auch hier in unserer Arbeiterstadt die lächelnde Larve beiseite gelegt und das wahre Gesicht gezeigt hat. Dieser sogenannte Feld-Gottesdienst auf der Auwiese — Tschingbum! Heil! Da wurde Farbe bekannt! Auf schwarzweißroter Kanzel amtierte der „Mann Gottes“, der „Diener Christi“, Herr Kamerad Pastor von Stein. Er sagte: „Jene sind zu bedauern, die nicht wissen, daß es eine **herrliche Gottesgabe ist, auf dem Schlachtfeld erschlagen zu werden!**“ Und dann erzählte er noch etwas von Christus und vom Satan und wetterte gegen die Juden; er offenbarte den Juden Jesus als ersten Antisemiten und sprach von der „Weltschweinerei“. Kurzum: Heil! Ich gratuliere unserem Herrn Pastor Böttcher zu diesem Kollegen „in der Liebe des Herrn“. Ich sah, wie selbst zahlreiche treuteutsche Wehrwölfe bei dieser Weihepredigt gemach ins Feixen gerieten.

Dem Gottesmann folgten die Offiziere. Der Wind trug die Wortfetzen über die Wiese zu den Kleinbürgern und Arbeitern. Ein „**quicker**“ **Ober-Etappenkämpfer,** so ein hoher Reisender für Massenmordstimmung, der nichts weniger als unterernährt aussah, fuchtelte mit den Armen und quetschte Töne der — äh, äh — Ueberzeugung. Er faselte von Napoleon und Leipzig, von 1870 und sang die Litanei vom „Erbfeind“ — und — äh — vom „inneren Feind“. Ihm folgte der — Heil! Heil! — „große“ Duesterberg, der sich auch auf dem Niveau seiner Vorredner hielt. „Treudeutsche Männer,“ sagte er, „**wir habens geschafft hier im roten Schkeuditz!**“ Es klang ziemlich komisch, als er zur Chaussee brüllte: „Arbeiter, ich reiche Euch die Bruderhand!“ Während er teutonisch spektakelte, liefen einige der Mannen mit seiner Photographie umher, um sie an weibliche Interessenten für Manneskraft zu verkaufen.

Einen Hauptakt bildete die Gründung einer „Scharnhorstgruppe“. Irgendein Offizier schrie: „Deutsche Jungen, die Ihr gewillt seid, Euch militärisch vorbilden zu lassen, tretet vor!“ Und das waren die Lehrer Tümmel und Schied, die dann als Drillmeister mit den bedauernswerten Kindern Aufstellung nahmen. In der republikanischen Reichsverfassung steht zwar, die Erziehung hätte im Geiste der Völkerversöhnung zu erfolgen. — Heil! Die Herren Tümmel und Schied werden den Kindern ein für allemal den deutschen Kasernenhofgeist eindrillen und ihnen schon gründlich den „inneren“ und den „Erbfeind“ plausibel machen. Heil! Wir werden uns mit diesen Herren noch besonders beschäftigen.

Am Schlusse dieses ganzen Theaters spielte die Musik und sangen die „Helden“ frischfrommfröhlich die Weise: **„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen . . .“** — Heil! Dann gings wieder, vorne die Musike, fort in die Lokale, zu deutschem Wackeltanz und deutschem Suff. Die republikanische Polizei war „ganz bei der Sache“. So ein Landjäger forderte sogar auf, beim „Treten-zum-Beten“ den Hut abzunehmen!

Das war die Klassenkampffront der Bourgeoisie! Was gilt es, Arbeiter? Wollen wir vor dieser scharfen militärischen Front noch schwatzen von den Illusionen der Demokratie? Koalition und Volksgemeinschaft, das sind bewußte Locklügen im Munde der Bürger — und im Munde der SPD.-Aucharbeitervertreter in den Parlamenten! Ihr habt an diesem Sonntage gesehen, wie weit wir unter der demokratischen Fahne gekommen sind! Was gilt es, Arbeiter? Es gilt eisern zu schmieden die Klassenkampffront des Proletariats!

Genosse!

Was hast Du bisher für das Amnestie-Aufgebot getan? Wieviel neue „Klassenkampf“-Leser, wieviel Parteimitglieder hast Du in dieser Woche geworben? Berichte sofort über Deine Erfolge und Erfahrungen!

Merseburg. Zur Revolutionsfeier am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Funkenburg“ haben alle Arbeiter-Sportvereine ihre Mitwirkung zugesagt. Auch das hallische Volkspark-Orchester wird uns mit seiner Musik erfreuen. Ein hallischer Genosse rezitiert, der Sprechchor wird von Jugendgenossen und das Theaterstück: „Freiheitskämpfer“ von der Freien Volksbühne aufgeführt. Programme sind in den Konsumverkaufsstellen, in der Volksbuchhandlung und bei den Funktionären zum Preise von 50 Pf. zu haben.

Querfurt. Roter Frontkämpfer-Bund — Jungsturm. Alle Mitglieder der KPD. sowie der KJ. treffen sich Mittwochabend 7 bis 9 Uhr im „Schützenhaus“ zur Sprechchorprobe.

Lützen. Parteigenossen! Morgen, Donnerstag, 8 Uhr, im „Bürgergarten“: **Wichtige Mitglieder- und Funktionärsitzung.** Alles muß erscheinen! — Gleichzeitig findet am Donnerstagabend eine **Sitzung des Bildungsausschusses** statt.

Lützen. Schwedenfeier! Wie alljährlich, soll auch in diesem Jahre am 6. November die übliche „Schwedenfeier“ stattfinden. Da ja bekanntlich die Beteiligung der hiesigen Einwohnerschaft nicht immer sehr zahlreich war, will man dieses Jahr den Laden anders aufziehen. Damit dieser besser klappt (bekanntlich hat man hier eine kleine bürgerliche Mehrheit), muß man auch nach außen zeigen, daß unser Städtchen „auf der Höhe“ ist, seitdem wir eine bürgerliche Mehrheit haben. Einige „Duzfreunde“ sind nun auf den „schlauen“ Gedanken gekommen, ein anderes Reklamemittel anzuwenden, damit diese Feier einen besseren Eindruck macht. Man will ein sogenanntes „Wiedersehen in der Heimat“ damit verbinden; und zwar will man alle Angehörigen des Geburtsjahrganges 1874 einladen. Allem Anschein nach dürfte diese Feier recht „fidel“ werden, denn schon am 5. November sollen sich die Teilnehmer in Leipzig am Nachmittag und Abend zu einem geselligen Beisammensein sammeln. Am Tage selbst nimmt das Festessen und das gesellige Beisammensein einen großen Teil des Programms in Anspruch. Hoffentlich bewaffnen sich alle Eingeladenen mit den nötigen Einhundertmarkscheinen, damit sie nicht in Verlegenheit geraten. Denn wir glauben ja nicht, daß man denjenigen 1874ern, welche vielleicht fern von der Heimat als Kleinrentner oder Invalidenrentner in bitterer Not leben, auch das nötige Geld schickt, damit sie der Einladung folgen können. Um nun auch auf die hiesige Einwohnerschaft Eindruck zu machen, ist noch der Besuch der Friedhöfe zur Ehrung der Kriegsgefallenen und Verstorbenen geplant. Daß es die Herrschaften nicht ernst meinen, haben ja diese Leutchen bei der Beratung des Etats bewiesen. Unsere Fraktion stellte seinerzeit den Antrag, daß alle Klein- und Sozialrentner, Minderbemittelte usw. auf ihren Antrag eine Ermäßigung oder Erlassung der städtischen Steuern bekommen sollten. Dies wurde abgelehnt. Selbst Herr Schlossermeister und Stadtverordneter P. Dolleny, welcher mit der geistige Vater der „Schwedenfeier“ sein soll, stimmte gegen diesen Antrag. Recht interessant ist es nur, daß sich auch unsere Stadt selbst zur Feier die größte Mühe gibt. Seit einigen Tagen sind Maurer, Maler, sowie sämtliche städtischen Arbeiter am „Parkrestaurant“ beschäftigt, um dieses sowie die angrenzenden Anlagen in sauberen Zustand zu versetzen. Obwohl wir immer dafür sind, daß städtische Grundstücke und Anlagen in Ordnung gehalten werden, so macht es einen recht eigentümlichen Eindruck, daß unsere städtischen Körperschaften nur für bestimmte Zwecke mehr Interesse zeigen: Wir erinnern hierbei nur an verschiedene Straßen (Karlstraße und Hospitalstraße), welche im Winter in einem Zustande sind, daß dort ohne weiteres etwas gemacht werden könnte. Wie man uns mitteilt, sollen die Vorarbeiten dieser bürgerlichen Feier soweit geklappt haben; nur sollen sich verschiedene Männer der städtischen Körperschaften über die Beflaggung der städtischen Gebäude Kopfzerbrechen machen. Und zwar vermutet man, daß sich unter den Eingeladenen Gäste befinden könnten, welche sich zur Republik bekennen. Nun haben aber bekanntlich unsere bürgerlichen Herrschaften vor einiger Zeit den Antrag des Magistrats abgelehnt, für die städtischen Gebäude derartige Flaggen anzuschaffen. Vielleicht findet man auch hier noch einen Ausweg, denn für manche angebliche Demokraten, die den Antrag mit abgelehnt haben, dürfte dieser Fall recht viel Kopfzerbrechen machen. Da auch dieses Jahr es sich um eine bürgerliche Feier handelt, wird sich natürlich die Arbeiterschaft davon fernhalten, damit diese Herrschaften unter sich sind. Die Arbeiterschaft hat mit derartigen Feiern nichts zu tun.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Kommunistische Gewerkschafter! Freitag, den 7. November, abends 8 Uhr, im „Tivoli“ Sitzung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Osterfeld. Begnadigt! Die durch das rechtskräftige Urteil des Schwurgerichts in Naumburg erkannte Todesstrafe gegen den Dienstknecht Otto Wiegandt aus Lissen ist durch Erlaß des Justizministers in lebenslängliche Zuchthausstrafe **umgewandelt worden.**

Zeitz. Die Beerdigung unseres Genossen Kurt Rose findet Donnerstag, **den 6. November, nachm. 4 Uhr, statt. Jugend und Parteigenossen geben unserem Toten das letzte Geleite. Sammelpunkt ¾4 Uhr am Krankenhaus.**

Mansfeld-Sangerhausen

Kapitalistischer Mord

In Eisleben erschoß sich am Dienstagvormittag ein Steiger, der früher auf dem Wolfschacht beschäftigt war und im Juni d. J. von der Mansfeld A.-G. abgebaut worden ist. Anscheinend haben Nahrungssorgen den Mann in den Tod getrieben.

Stedten. Unser Gemeindevorsteher scheint der Meinung zu sein, er könne tun, was er will. Wie man hört, soll mehr als ein Viertel der Gemeindevertreter seit geraumer Zeit den Antrag gestellt haben auf Einberufung einer dringenden Gemeindevertretersitzung. Unser Vorsteher tut aber, als ob ihm das gar nichts anginge! Bestehen für ihn etwa die gesetzlichen Bestimmungen nicht? Liegt Stedten etwa gar außerhalb Deutschlands? Es geht bei uns überhaupt etwas eigenartig zu. Den Erwerbslosen wirft man Faulheit vor, es gehe ihnen noch zu gut, sonst würden sie zwölf Stunden arbeiten usw. Dabei sind es gerade diese Leute, die solchen Blödsinn verzapfen, die man nachts schwankend durch die Straßen wandern sieht. Die Einwohnerschaft muß ihr Augenmerk etwas mehr auf die Dinge lenken, die sich in unserem Orte abspielen, auch in der Gemeindeverwaltung. Die geforderte Gemeindevertretersitzung muß schleunigst einberufen werden.

Bitterfeld-Delitzsch

Delitzsch. Der Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet am Freitag, dem 7. November, im „Lindenhof“, zur Erinnerung an die große russische Revolution von 1917 seinen zweiten **Arbeiter-Film- und Kulturabend.** Die technische Leitung liegt wieder in den Händen des Genossen Willi Thiele. Es sind sämtliche Mängel, welche die erste Vorstellung aufwies, beseitigt worden, so daß diese Vorstellung genußreich zu werden verspricht. Die Zusammenstellung des Programms ist gut gewählt: 1. Durch alle Höllen der mittelalterlichen Bourgeoisie. Ein Film aus der Zeit der Hexenprozesse in 6 Akten. 2. Das Dokument faszistischer Schandtat: „Des Gesandten Worowskis letzte Fahrt.“ Dieses Werk, Proletarier, müßt Ihr sehen! Hierzu spricht ein Genosse von Halle. Nachmittags 5 Uhr: Kindervorstellung. Beginn der Abendvorstellung Punkt 8 Uhr. Genossen, unterstützt diese Sache!

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Achtung, Wahlleiter! Am Freitag, dem 7. November, abends 8 Uhr, bei Freudenberg: Wahlleiterkonferenz der KPD. und KJ. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Torgau-Liebenwerda

Auch Falkenberg!

Nun hat auch Falkenberg seinen Sparkassenskandal! Auch hier sind Kredite gegeben worden, für die keine Deckung vorhanden ist. Man spricht von einer Summe, die fast **200 000 Mark** beträgt, um die diese Sparkasse geschädigt ist. Auch in diesem Falle haben sowohl der Leiter der Sparkasse, Bernicke, wie die übergeordnete Aufsichtsinstanz, der Bürgermeister Rudolph, leichtfertig gehandelt. Gegen ihn, wie auch gegen den Sparkassendirektor Bernicke ist bereits das Disziplinarverfahren eröffnet worden. Angeblich steht Bernicke auch im Verdacht, Urkundenfälschung begangen zu haben, weshalb ein Strafverfahren gegen ihn schweben soll.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Jugend und des Roten Frontkämpfer-Bundes im Kreise Sangerhausen!

Am Freitag, dem 7. November, findet in Sangerhausen, im „Herrenkrug“ eine Revolutionsfeier statt. Rege Beteiligung wird erwartet. Komm. Jugend, Sangerhausen.

Jung-Spartakus-Bund Greppin. Mittwoch, den 5. November, abends ½6 Uhr, im Jugendzimmer der Neuen Schule wichtige Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

„DAS WORT“

erscheint heute als Sonder-Nummer

RUSSLAND

DAS LAND DES NOVEMBERSIEGES

6 Seiten mit großer Titelzeichnung und folgendem Inhalt:

I. WIRTSCHFT:

Die Volkswirtschaft der Union der SSR. im Jahre 1924;
Ein Thüringer Industrieller über seine Reise nach Sowjet-Rußland;
Wie es den Bauern in Räte-Rußland ergeht;
Der Ausfuhrplan für 1924/25;
Rußlands Erdölquellen

II. ARBEITER UND ARBEIT

Das Hauptproblem der Wirtschaft der Sowjetunion;
Zur Frage der Arbeitsleistung, Referat auf der Konferenz Roter Direktoren;
Die Ernährung des Industrieproletariats in Sowjet-Rußland.

III. KULTUR:

Die Universitäten im neuen Rußland;
Sowjet-Rußland und seine neue Generation, ein Beitrag zur Frage des „neuen Menschen“;
Kunstverlag der Moskauer Künstler;
Radio in Rußland;
Literatur.

IV. FEUILLETON:

Hodja, der Rote Soldat;
Der Feuerreiter von Petrograd, Gedicht.

Diese Nummer muß jeder revolutionäre Arbeiter kaufen und lesen, damit er die Wahrheit über das gegenwärtige Rußland weiß. Diese Nummer muß auch jeder Intellektuelle, Geschäftsmann, Industrielle usw. kaufen und lesen, denn sie gibt ein objektives Bild vom neuen Rußland, dem einzigen ehrlichen Freund des deutschen Volkes.

PREIS 10 PFENNIGE

Zu haben an den Zeitungskiosken und bei den Austrägern.

Verantwortlich: Hans Urban, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

„Zelida“-Dauerwäsche. Gummi-Bieder, Gr. Steinstr. 81

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241105-17/fragment/page=0006

Kämpfende · Jugend

Sieben Jahre Herrschaft des Proletariats — Sechs Jahre Stinnes-Diktatur

Am 7. November ist es sieben Jahre her, daß in Rußland das Proletariat nach schwerem Kampf mit der Bourgeoisie und ihren weißgardistischen Truppen die Macht eroberte und seine Diktatur errichtete. Sieben Jahre hat sich das russische Proletariat an der Macht gehalten. Die Energie und Geschlossenheit, die Kraft und Opferfreudigkeit, die die russischen Arbeiter und Bauern in den verschiedensten bewaffneten Kämpfen mit der internationalen Bourgeoisie und in der Aufbauarbeit des proletarischen Staates an den Tag legten, sind ein deutliches Zeichen dafür, daß die russischen Proletarier ihre schwer errungene Macht behaupten werden, die ihnen das internationale Proletariat durch die Weltrevolution zu Hilfe kommen wird.

Die deutsche kaiserliche Regierung dankte am 9. November 1918 ab. An ihre Stelle setzte sich ruhig und gelassen mit dem festen Vorsatz, die heraufsteigende revolutionäre Bewegung zu erwürgen, ein Kollegium von gewissen Sozialdemokraten. Noske erstickte jede revolutionäre Bewegung des Proletariats in Blut. Den kapitalistischen Konterrevolutionären wurde kein Haar gekrümmt. Mit der Enteignung der Stinnese und Klöckner dachte ernstlich nur ein kleiner Teil von Proletariern um den Spartakusbund. Im übrigen wurde von den sozialdemokratischen Regierungen eine Kommission eingesetzt, die zu untersuchen hatte, ob eine Sozialisierung der großen Industrien möglich sei. Dabei blieb es. Die deutsche Bourgeoisie behielt und erweiterte ihre Macht. Sie erweiterte ihre Fabriken und vergrößerte ihren Reichtum durch maßlose Ausbeutung der arbeitenden Schichten und durch raffinierteste Inflationspolitik.

So sieht die Bilanz im allgemeinen aus, die aus der siebenjährigen Proletarierherrschaft in Rußland und der sechsjährigen Stinnesdiktatur gezogen werden muß. Aber für die Jungproletarier genügt diese allgemeine Bilanz noch nicht. Sie haben die Frage zu stellen, wie sich die Lage der arbeitenden Jungproletarier während der siebenjährigen Proletarierherrschaft in Rußland und der sechsjährigen Stinnes-Herrschaft gestaltet hat.

In den letzten Wochen beherrschte das menschewistische Georgien-Abenteuer die sozialdemokratische Presse. Es wurde von Greueltaten und von dem Verfolgungswahnsinn der Kommunisten gegen die georgischen „Freiheitskämpfer" gesprochen. In den grausigsten Farben schilderte man das Leben der Gefangenen. Dagegen vergaß man ganz, zu berichten, daß nicht einmal die Formationen der Roten Armee in Bewegung gesetzt zu werden brauchten, um das menschewistische Abenteuer zu unterdrücken. Die mobilisierten Parteiorgane, insbesondere die mobilisierten Formationen des Kommunistischen Jugendverbandes, genügten vollauf zur Erledigung des aufgeblasenen und haltlosen Menschewistenputsches.

Diese Tatsache hat mehr als nur militärische Bedeutung. Sie legt ein beredtes Zeugnis dafür ab, daß die russischen jungen Arbeiter tatsächlich etwas zu verteidigen haben. Der jüngste Arbeiter in Rußland verteidigt mit seinem Herzblut seine Freiheit, die Fabriken, die in der proletarischen Gesellschaft ihm gehören. Er verteidigt gegen die kapitalistischen Söldlinge die großen Fortschritte und Verbesserungen seiner Lebenshaltung. Der sechsstündige Arbeitstag und die kostenlose Berufsausbildung in staatlichen Lehrwerkstätten und Werkschulen verteidigt der junge Arbeiter des proletarischen Rußland. Sein Leben ist schon heute im Gegensatz zu seinem Elendsdasein unter der zaristisch-kapitalistischen Herrschaft gut und lebenswert. Täglich gibt es Fortschritte. Die Verelendungserscheinungen der westlichen kapitalistischen „demokratischen" Länder kennt Sowjet-Rußland nicht. In Rußland erstehen in der Arbeiterjugend körperlich gesunde Menschen, die durch große Sorgfalt zu qualifizierten Arbeitern, zu den zukünftigen Erbauern der proletarischen Wirtschaft erzogen werden.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß sich in Rußland zu gegebener Stunde Hunderttausende, nein Millionen Jungarbeiter bereit finden würden, mit ihrem Leben alles bisher Errungene, mehr noch, die Entwicklungsmöglichkeit der proletarischen Wirtschaft und des proletarischen Staates zu verteidigen.

Würden sich in Deutschland auch nur tausend junge Arbeiter bereit finden, für diese Republik ihr Leben hinzugeben?

Schon allein diese Fragestellung ist widersinnig. Der jugendliche Arbeiter hat in der deutschen Republik, die der amerikanische Kapitalist Morgan soeben gekauft hat, nichts zu verteidigen. Zu Tausenden hat der Bourgeois ihn arbeitslos auf die Straße geworfen. Die noch Arbeitenden werden mit lächerlich geringen Löhnen abgespeist. Es ist nicht selten, daß jugendliche Arbeiter mit 3 Mark „entlohnt" werden. Der achtstündige Arbeitstag ist zu einer rühmlichen Ausnahme geworden. Für die Rebellen aber, die sich mit dem Hundeleben im Stinnes-Deutschland nicht zufrieden geben wollen, öffnete die Bourgeoisie die Gefängnisse. Den sechsten Jahrestag der deutschen „Revolution" erleben nicht weniger als 2000 Jungarbeiter in den Gefängnissen. Es ist auch keinen Augenblick außer acht zu lassen, daß am sechsten Jahrestag der Stinnes-Republik ein Schlachtplan gegen das Proletariat wirksam wird, der sich „Sachverständigen-Gutachten" nennt. Seine Durchführung wird schwer auf den Schultern der Arbeitermassen lasten. Es wird den Arbeitstag verlängern. In seinem Gefolge wird völlige Entrechtung und Militarisierung der arbeitenden Jugend durch das Arbeitsdienstpflichtjahr erfolgen, wenn nicht das deutsche Proletariat sein Veto einlegt.

Das ist es, was vor dem jungen Arbeiter am 9. November 1924 steht und was ihn vor eine Entscheidung stellt. Zu wählen ist zwischen dem Weg des russischen Proletariats und zwischen dem Weg der weiteren Verelendung und des sicheren Unterganges in der Stinnes-Republik. Die Entscheidung ist nicht schwer, wenn man sie vom Standpunkt des Proletariats und im Interesse der Arbeiter zu fällen hat. In dieser Republik haben wir nichts zu verlieren, als unsere Ketten, aber eine Welt, die Welt der Herrschaft des Proletariats zu gewinnen. Das ist das Fazit und die Schlußfolgerung der jungen Arbeiter am sechsten Jahrestag der deutschen Republik.

Lieser in die Massen!

Die Reichstagswahlen bieten uns wieder Gelegenheit, die breiten Massen der jungen und erwachsenen Arbeiter gegen den Versklavungsplan von London zu mobilisieren. Die

Wahlarbeit in die Betriebe,

das muß die Richtschnur sein für die Durchführung der Wahlagitation. Die Wahlen werden uns zeigen, in wieweit die Partei- und Jugendorganisation mit den Massen verbunden ist. Es ist nicht schwierig, in einer politisch hochgespannten Situation die Massen zu mobilisieren und hinter uns zu bringen. Schwieriger ist das in einer Situation, wo die breiten Massen noch Illusionen haben und glauben, daß das Dawes-Gutachten eine Besserung ihrer elenden Lage bringen könnte. In einer solchen Situation werden wir die Massen nur hinter uns haben, wenn wir eine enge und dauernde Verbindung mit ihnen haben. Das können wir mit der gegenwärtigen sozialdemokratischen Wohnorganisation nicht. Aus dieser Erkenntnis hat sich auch der Jugendverband die Aufgabe gestellt, bis Ende des Jahres den Verband restlos auf der Grundlage der Betriebszellen umzustellen. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß eine solche Organisation, die in den Betrieben verankert ist, unüberwindbares Bollwerk ist. Daher auch der verstärkte Unternehmer- und Polizeiterror gegen unsere Leiter der Betriebszellen und Hersteller der Betriebszellenzeitungen. Es ist ganz klar, der Kampfplatz für uns ist in den Betrieben und daher auch der Versuch der Bourgeoisie, uns von den Massen in den Betrieben zu isolieren. Die Kommunistische Jugend hat jedoch gelernt, um den Plan Jarres, Severings und Eberts zunichte zu machen. Die Betriebspisel und die sozialdemokratischen Denunzianten bringen es nicht fertig, die Betriebszellenleitungen und die Hersteller der Betriebszellenzeitungen ausfindig zu machen. Die Zellenzeitungen werden von unbekannten Genossen vor dem Betrieb verkauft und beim Ankleben in den Betrieben läßt man sich nicht erwischen. Alle Anweisungen Jarres und Severings nützen nichts. Im Gegenteil, die Kommunistische Jugend verstärkt gerade jetzt durch den Plan der Umstellung des Verbandes ihre Betriebszellenarbeit. In allen Bezirken wird eifrig die Umstellung vorgenommen. Die Grundeinheit der Organisation, die Betriebszellen, das ist die Voraussetzung für eine enge und dauernde Verbindung mit den Massen, das ist die Voraussetzung, um die Massen zur Revolution zu führen. Darum:

Legt die Anker in die Betriebe!

Das Schanddokument der SAJ.

Vom Jungdo bis zur SAJ. einig für die Arbeitsdienstpflicht

Der „Vorwärts", der „Führer", sowie eine ganze Anzahl von Provinzblättern der SPD. haben kühn und frech erklärt, die Behauptung in unserer Broschüre „Arbeitsdienstjahr" und in der „Jungen Garde", der Vorsitzende der SAJ., Erich Ollenhauer, habe einen Aufruf des „Ausschusses der deutschen Jugendverbände" für die Arbeitsdienstpflicht unterzeichnet, sei Schwindel. Wir haben bereits in der vorigen Nummer der „Jungen Garde" erklärt, daß wir den Aufruf im Wortlaut bringen würden.

Wir entnehmen der Februar-Nummer des Organs der „Tatgemeinschaft christlicher Pfadfinder", „Der Neue Pfad", sowie der Broschüre derselben Organisation „Gewissen und Wirtschaftskampf" (Verlag: Dresden-A., Kaulbachstr. 7) die wichtigste Stelle dieses Aufrufes:

„Jeder junge Deutsche im Alter von 18 bis 25 Jahren soll in Zukunft verpflichtet sein, ein Jahr im Kreise seiner gleichaltrigen Kollegen gemeinnützige Arbeit für das Ganze zu leisten. Für solche Arbeiten kommen vor allem die Eindeichung von Marschländereien, die Kultivierung von Moor- und Oedflächen, sowie der Bau von Stauwerken, Kanälen und Straßen in Frage. Durch ein solches Arbeitsdienstjahr würden sich erstens durch Herausziehung der jungen Kräfte aus der Privatwirtschaft zur Staatsarbeit gute und schlechte Wirtschaftszeiten nicht mehr in einer wechselnden Ziffer entlassener, verheirateter Männer auswirken, sondern in einer wechselnden Ziffer zur Staatsarbeit eingezogener jugendlicher Arbeiter; zweitens lägen die erwerbslos gewesenen, ausschließlich jugendlichen Kreise, nicht brach, sondern arbeiteten produktiv für das Gemeinwohl. **Die gemeinsame Arbeitsdienstpflicht aller jungen Deutschen ohne Ansehen von Stand und Herkunft mehre ferner das Verantwortungsgefühl gegenüber Volk und Staat und mildere die Klassengegensätze. Die gemeinsame Arbeitsdienstpflicht wäre eine wertvolle körperliche und geistige Schule für alle jungen Deutschen.** Neben sechsstündiger täglicher Arbeit fänden in ihr Aufgaben im Sinne der deutschen Jugendbewegung ihren Platz. Die von den Arbeitsdienstpflichtigen geleistete Arbeit gewährt einen Anspruch auf deren Nutznießung. Der Arbeitsdienstpflichtige schafft Siedlungsland für sich und seine Kameraden" usw.

Der 2. Vorsitzende des „Ausschusses der deutschen Jugendverbände" und Mitunterzeichner des Aufrufes ist der Vorsitzende der SAJ., Erich Ollenhauer. Dem Ausschuß sind u. a. angeschlossen: Der Deutschnationale Jugendbund, die Jungsozialisten, die Bismarck-Jugend der DNVP., **die Sozialistische Arbeiter-Jugend,** der Jung-Deutschland-Bund, das Jugendsekretariat des ADGB., der Deutsche Hochschulring, das Jugendsekretariat des JdA. usw. Also eine nette Gesellschaft! Wir warten ab, ob die Feiglinge und Schieber, die aus Angst vor ihren Mitgliedern ihre sozialistischen Schweinereien hinterher gern vertuschen möchten, auch jetzt noch die Schwindeleien fortsetzen werden. Es ist nicht verwunderlich, daß sie vor dem Bekanntwerden dieses Aufrufes eine solche Heidenangst haben. Die zahlreichen Anfragen, die uns in den letzten zwei Wochen aus allen Gegenden des Reiches von Mitgliedern und Funktionären der SAJ. zugingen, beweisen, daß die einfachen Mitglieder den Bonzen derartige Schurkereien sehr wohl zutrauen. **Diejenigen SAJ.-Mitglieder, die noch einen Funken proletarischen Ehrgefühls haben, müssen aus diesem Aufruf und dem schamlosen Verhalten ihrer Führer die einzig richtige Folgerung ziehen und dieser Organisation den Rücken kehren.**

Appell

an alle Mitglieder der Kommunistischen Jugend Deutschlands!

Genossen!

Ebert hat den Reichstag aufgelöst!

Aufgelöst, um mit Hilfe von unerhörten Zuchthauswahlen, mit einem beispielslosen Wahlterror gegen den einzigen ernsthaften Gegner der Versklavung Deutschlands durch den Dawes-Plan, gegen die KPD. sich eine Regierungsmehrheit zu sichern für die

Durchführung des Londoner Sklavenpakts,

die nur mit einer noch schärferen Unterdrückung der Arbeiterschaft in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, mit Massenarbeitslosigkeit, Kürzung des Lohnes, Verlängerung der Arbeitszeit, mit Hunger und Elend erkauft werden kann.

In dem Augenblick, wo im Auftrage der Bourgeoisie die sozialdemokratischen Schergen eine wilde

Hetz auf die 62 kommunistischen Abgeordneten,

auf die Führer der Partei, machen, um sie in der Wahlagitation lahmzulegen, ist der

Platz der KJD. an der Seite der Partei!

Es darf der bürgerlichen Kanaille nicht gelingen, die Kommunisten daran zu hindern, dem deutschen Proletariat laut die Wahrheit über den Dawes-Plan, die Wahrheit über den Sinn der sozialdemokratischen Wahlmanöver zuzurufen:

Jedes Mitglied, jeder Funktionär auf seinen Posten!

Im Betrieb, in der Gewerkschaft, auf den Straßen propagiert das Programm der Kommunisten:

Kampf der Durchführung des Dawes-Planes!

Kampf für die Sozialisierung!

Heraus mit den Löhnen!

Herunter mit der Arbeitszeit!

Die ersten Keulenschläge des Gutachtens der kapitalistischen Sachverständigen für die Ausbeutung der Arbeiterschaft treffen die jugendlichen Arbeiter!

Jugendgenossen! Auch dem letzten jugendlichen Arbeiter müssen die Forderungen der KPD. und KJD. für die arbeitende Jugend in Stadt und Land durch Euch bekannt werden:

Kampf gegen das Arbeitsdienstpflichtjahr!

Kampf für die völlige wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der jugendlichen mit den erwachsenen Arbeitern!

Kampf für den Sechsstundentag für alle Jugendlichen!

Jugendgenossen! Die Plenarzentrale erwartet von der gesamten Organisation, von jedem einzelnen Mitglied und Funktionär, daß er in diesem Augenblick alle Kräfte der Partei zur Verfügung stellt. Schließt eine eiserne Mauer um die von der Bourgeoisie mit tatkräftiger Unterstützung der Sozialdemokraten verfolgte Kommunistische Partei. Die Partei soll wissen, daß ihre treuesten und besten Helfer auch in diesem Kampf die jungen Kommunisten sind. Jede Stimme, die ihre Partei gewinnt, ist eine Stimme für den rücksichtslosen Kampf gegen die Bourgeoisie unter der Führung der einzigen Arbeiterpartei, der KPD.

Auf, an die Arbeit!

Nieder mit dem Dawes-Plan und seinen sozialdemokratischen Befürwortern!

Für die Sozialisierung, für die Diktatur des Proletariats!

Berlin, den 25. Oktober 1924.

Plenarzentrale der KJD.

Die Lage der arbeitenden Jugend

in Deutschland?	in Rußland!
Arbeitstag:	
Kein Achtstundentag mehr — weder für die Jugendlichen, noch für Erwachsene. Zehn und zwölf Stunden schufteten die deutschen Proleten.	Vierstundentag für die Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren, Sechsstundentag für die Jugendlichen von 16 bis 18 Jahren. Unbedingte strikte Einhaltung des Achtstundentages für alle anderen.
Arbeitslohn:	
Nicht einmal ein Drittel des Lohnes der Erwachsenen, der an sich kaum noch 50 Prozent der Vorkriegszeit beträgt. Für Lehrlinge und Landarbeiter ein paar Groschen, die nicht einmal für trockenes Brot ausreichen, ganz zu schweigen von allem anderen.	Im Durchschnitt 70 bis 80 Prozent der Löhne der Erwachsenen, wobei die letzteren zu einem großen Teil den Vorkriegslohn erreicht und zum Teil überschritten haben, auf jeden Fall aber nicht unter 80 Prozent liegen.
Urlaub:	
Deutsche Jungproleten! Was kennt Ihr davon?	Vierwöchentlicher bezahlter Urlaub im Jahr, Unterbringung auf Staatskosten in Ferienheimen, Sanatorien, Kurorten.
Jugendschutz:	
Die schändlichste Ausbeutung und völlige Schutzlosigkeit speziell der Jugendlichen gerade in den gesundheitsschädlichen Industrien: Bergbau, Glashütten, Hochöfen, Anilin- und sonstige chemische Fabriken.	Völliges Verbot der Nacht-, Sonntags- und Untertagsarbeit für die Jugendlichen unter 18 Jahren, ebenso der Arbeit in den gesundheitsschädlichen Betrieben. Eigene Jugendkontrolleure, die die Durchführung aller Schutzbestimmungen überwachen.
Wahlrecht:	
Kein Wahlrecht, geschweige denn Wählbarkeit zu den Betriebsräten. Keine Gleichberechtigung in den Gewerkschaften: „Mitglieder zweiter Sorte".	Wahlrecht und Wählbarkeit zu den Betriebsräten für alle von 14 Jahren an, völlige Gleichberechtigung in den Gewerkschaften, Vertretung in allen Körperschaften (Vorstände, Tarifkommissionen usw.).
Schule:	
Kinderausbeutung innerhalb und außerhalb der Schule. „Volksschule" — Volksverdummung, Erziehung zur Kapitalsknechtschaft. Höhere Bildungsanstalten, Hochschulen — verbotenes Land für die Armen, Monopol der Reichen und „Vornehmen".	Völliges Verbot jeglicher Kinderarbeit. Ausbildung in den sozialistischen Arbeitsschulen bis 14 Jahren, völlige Möglichkeit, auf Kosten des Staates seine Bildung bis zu den höchsten Stufen fortzusetzen. Sozialistische Lehrlings- und Betriebsschulen, Hochschulen nur für die Arbeiter und Bauern.
Erwerbslosenfürsorge:	
Für die Mehrzahl gar nichts, für andere — einige Pfennige, die gerade ausreichen, um nicht nöhlich, sondern langsam zu verrecken.	50 bis 80 Prozent des Normallohnes als Erwerbslosenunterstützung. Unterbringung in Jugendheimen, Lehrwerkstätten und Schulen auf Kosten des Staates

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!

Diese Gegenüberstellung spricht für sich selbst. Vergleicht, was der siegreiche russische Arbeiterstaat seiner Jugend bietet, mit dem Sklavenzustand, in dem sich die arbeitende Jugend in der Ebert-Republik befindet. Eure russischen Brüder haben diese Freiheiten nicht umsonst bekommen — sie haben sie erobert im harten, revolutionären Kampf gegen die Kapitalisten der ganzen Welt und ihre sozialdemokratischen Knechte.

Folgt dem Beispiel Eurer russischen Brüder!

Sorgt dafür, daß aus dem heutigen kapitalistischen Deutschland ein Arbeiter-Deutschland wird!

5.11.24

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241105-17/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Stützen des Staates

Von Olf

Der Herr Reichspräsident, Sozialdemokrat Ebert, ist ein gut katholischer Mann. Der Mystizismus einer weihrauchgeschwängerten Kirche, das Brausen der Orgel sind für ihn Genüsse, die er allen seinen Untertanen wünscht, damit sie ebenso glücklich werden wie er. Und darum fördert er eifrig alles, was dazu beiträgt. Natürlich unter dem Deckmantel der Kunst. So hat er, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, für die Orgel, an der Anton Bruckner in St. Florian gesessen hat, 500 Mk. zur Verfügung gestellt für eine Sammlung, die die Erneuerung dieser Orgel möglich machen will.

500 Goldmark sind nicht wenig, wenn man bedenkt, daß ein städtischer Arbeiter in Halle im ganzen Monat nicht einmal 50 Mk. zu verzehren hat. Herr Ebert legt das Geld, das aus den Steuern dieser und aller anderen Arbeiter erpreßt wird, in nutzbringender Weise an: Unterstützung der katholischen Kirche und ihrer Kunst, die in unserem Jahrhundert eine Museumsscheuche geworden ist. Einen anderen Teil seines auskömmlichen Gehalts wird er wohl der SPD. zur Wahlagitation zur Verfügung stellen. Er will noch nicht weg von dieser Futterkrippe, die es ihm ermöglicht, ein halbes Tausend Mark mit nichts, dir nichts, aus dem Fenster zu werfen. Vor ihr wird ihm nichts nützen. Ueberall lauern die bösen Feinde, überall lauern die neuen Anwärter auf seinen erhabenen Posten. Und er wird doch pensioniert werden!

*

Die stärkste Stütze der kapitalistischen Republik ist unzweifelhaft unser Noske. Das muß sogar der „Wehrwolf" zugeben. Er schreibt einen Leitartikel, in schlechtem Deutsch, wie es sich für echte deutsche Männer gehört, über „Die Verbrecher" der O.C." und wiederholt darin die niedlichen Entschuldigungen, die in dem Prozeß gegen die Mordorganisation Consul über Noske gemacht worden sind. Noske hat die Marinebrigade Ehrhardt benutzt, und der Mann, dem er im Kapp-Putsch den Oberbefehl übertrug, der General Seeckt, schreibt über die Marinebrigade damals folgendes:

„An das Wehrkreiskommando 3, die 2. Marinebrigade:

Ich habe die Maßnahmen der Marinebrigade und der mit ihr gegangenen Truppen nicht billigen können. Ich erkenne aber an, daß diese Truppen geglaubt haben, vaterländischen Interessen zu dienen, und daß sie nur von ihrer politischen Führung mißleitet waren."

Herr Seeckt, auf Noske gestützt, Noske auf Seeckt gestützt, die Stützen des Staates sind einander würdig. Der „Wehrwolf" erkennt an:

Aber Gustav Noske sagt selbst: „Ich nahm die Säbel, wo ich sie bekam."

Und veröffentlicht in derselben Nummer einen Erlaß des Herrn Seeckt an die Reichswehr. Der ist ein Dokument für die Arbeiterschaft. Zwar gibt der Herr General keine Beweise für den Satz:

„Die Reichswehr erfreut sich heute in allen Schichten der Bevölkerung einer Wertschätzung, die uns mit Stolz erfüllen könnte, die uns aber auch ernste Pflichten auferlegt."

Aber er sagt auch hinterher gleich, wie er es meint:

„Jeder Deutsche, gleichgültig welcher Parteirichtung, soweit er nur im guten Sinne des Wortes national empfindet, hat Anspruch auf gleiche Behandlung durch die Reichswehr."

Deutlicher kann der Klassenstandpunkt dieses Bürgergenerals nicht zum Ausdruck gebracht werden. Nicht national empfindet nämlich der Proletarier. International denkt der revolutionäre Arbeiter. Er hat also keinen Anspruch auf gleiche Behandlung durch die Reichswehr. Für den ist die Reichswehr die feindliche Macht, und daß dieser ganze Erlaß in Wirklichkeit eine ungeheure Genugtuung ausdrückt, das revolutionäre Proletariat vor einem Jahr niedergeschlagen zu haben, sagt gleich der Satz, der auf dem eben zitierten so ungeheuer demokratischen folgt:

„Der militärische Ausnahmezustand hat der Reichswehr reichlich Gelegenheit gegeben, sich hilfreich auf allen Gebieten zu betätigen."

Hilfreich hat sich die Reichswehr benommen, als sie in Sachsen und Thüringen einzog und dort die Arbeiterschaft niederknüppelte. Genau so hilfreich, wie die Mordorganisation des feigen meineidigen Ehrhardt. Dessen Banditentrupps haben nichts anderes getan, als Herrn Seeckts Reichswehr. Sie haben sich alle hilfreich auf allen Gebieten betätigt, hilfreich für den Kapitalismus.

*

Es geht eine gerade Linie von dem kulturbedürftigen harmonischen Ebert, der 500 Goldmark für eine Orgel hergibt, über Noske, der selbst das Abzeichen der Ehrhardt-Organisation an seinen Aermelaufschlag steckte, über Seeckt, den republikanischen Reichswehrgeneral, zu Ehrhardt, dessen Mitläufer vom Staatsgerichtshof verurteilt worden sind. Der „Wehrwolf" beschwert sich mit Recht über zu harte Strafen, obgleich keiner der Angeklagten seine Haft anzutreten brauchte. Im kapitalistischen Staat der deutschen Republik gehört die Mordorganisation Consul nicht auf die Anklagebank. Die Richter und die Angeklagten in diesem Prozeß waren Brüder. Sie werden gerichtet werden vom Revolutionstribunal. Dann werden sie auf der Anklagebank sitzen, zusammen mit Kultur-Ebert, Blut-Noske und dem Biedermanne Seeckt. Denn sie alle sind die Stützen des demokratischen Staates. Sie alle haben „Anspruch auf gleiche Behandlung", und es soll ihnen nicht vergessen sein, wie hilfreich sie sich betätigt haben auf allen Gebieten, wo es galt, die Arbeiterschaft in den Tod zu hetzen.

Darum gehört am 7. Dezember jede Stimme eines Arbeiter den Kommunisten.

Die Wahlschlacht

I.

Fröhlich quietschen die Stimmenfänger:
„Das Volk zu betrügen —
„Gott Lob und Dank; Halb schon wieder
„It's uns gelungen! . . .
„Seht: da rennen sie hin,
„In der Hand so ein Stimmzettelchen —
„Knurren ganz wundergläubig:
„Wir wählen uns heute die Freiheit — — —"
„Wahrlich:
„Viel Dummheit des Volkers tut not,
„Damit wir regieren!" —

Mit bunten Plakaten
Ueber und über beklebt
Wackeln sie an
Die Heldengestalten der Wahlschlacht.
Lackieren neu auf ihre patenten wahlschlachterprobten Köder:
„Volksgemeinschaft"
„Schwarzroteschwefelgelb"
„Christlicher Geist"
Einer überzeugungsgefalbter wie der andere
Tuten aus einem Sprachrohr:
„Hört! Hört!
„Ich bins, der Euch rettet!
„Auf! Ins gelobte Land!
„Wählt mich!"
Zwar:
Was das Sachverständigengutachten betrifft:
Angenommen bleibt angenommen.
Man verschachert ein Sechzigmillionenvolk nicht zum Spaß,
Und beinah
War auch die Hand uns verdorrt
Beim Unterzeichnen des Räuberdiktats.
Aber
Insofern Ihr Volksgenossen-Arbeiter,
Ihr lebendigen Profitquellen,
Nicht versiegt:
Wir schaffens schon
Und führen Deutschland dem Tag der Erhebung entgegen . . .
Vorerst aber: geduldig sich ausbeuten lassen!
Vorerst aber: geduldig sich ausbeuten lassen!
Kurz gesagt:
Vertrauen gefaßt!
Abwarten! . . .

O heilige pazifistische Aera!
Der ganze Weltraum trieft ja von Friedensgeläuten!
Halleluja donnern hinweg über den Ozean
Die Kanonenschlünde der Dreadnoughts:
Friede auf Erden!
Ach, nur in den stillen Kämmerleins
Unserer Staatslaboratorien
Fabrizieren wir gutes Giftgas.
Seht: den Staat haben wir uns geschaffen
Als unsere beste Waffe —
Und wenn es wieder mal losgeht:
Diesmal wird der Konkurrenzkampf geführt
Als chemischer Krieg . . .
(Sachbeschädigung ausgeschlossen!)
Phosphorbomben. Flugtorpedos. Elektrische Wellen —
Fünf Minuten —
Und — jede Pore exakt durchgiftet —
Liegt leblos so ein Riese
Wie z. B. Chikago da . . .
Und wer bezahlt dann die Zeche!?
Zuviel Menschen sind ja so wie so auf der Welt.
Darüber sind wir uns einig.
Tastet inzwischen die Erde ab:
Wo riechts nach Petroleum!?
Schade nur,
Daß der Mars noch nicht zu zivilisieren ist! . . .

Und am Morgen des Wahlkampfs
Marschierten aus den Proletariervierteln
Die Arbeiter
In Kolonnen.
15 000 ermordete Arbeiter wählen nicht.
Die Millionen-Blutopfer des imperialistischen Weltkriegs:
Sie wählen nicht . . .
Es marschiert heran
Die Proletarier-Armee
Als Zuchthausaufgebot.
„Heraus mit den Gefangenen!"
„Nieder mit jeder Ausbeuter-Herrschaft!"
Wir wählen —
Aber mit einem mörderischen Fluch
Stecken wir in die Wahlurne den Papierfetzen — — —
Wie lange noch:
Bis die feindliche Stellung sturmreif ist —
Und das Kommando ertönt:
„Heraus aus den Betrieben!"
Und eine Panzerweste schnallt um sich
Papa Ebert
Und kraxelt (vielleicht noch) in einem Flugzeug
Hoch hinauf durch die Luft
Nach Paris oder nach Schweden . . .
Und, millionenstimmig gesungen,
Wie ein Schlagwetter,
Knallt heraus wieder aus den Plätzen Berlins
Unser Klassenkriegslied.

Johannes R. Becher.

„Arbeiter-Literatur" Nr. 10

ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Der Verfasser des Buches „Krieg und Proletariat", Wilhelm Baumann behandelt in einem ausführlichen Aufsatz „Zum Verständnis des Rheinproblems" die aktuellen Fragen der Weltpolitik und die Perspektiven des zukünftigen Krieges. Sein Artikel ist zu sich auf ein von der gesamten bürgerlichen Presse totgeschwiegenes, politisch höchst interessantes englisches Buch des Majors Leighter. In diesem Zusammenhange verweisen wir auch auf eine sehr interessante Notiz von V. W. über das Buch von Lord Cromer „Die Entwicklung zur Kolonie". V. W. berichtet in dieser Notiz über die Mittel und Wege zur Kolonisierung . . . Aegyptens, und deckt die frappante Parallele mit dem Dawes-Plan auf. Die ideologischen Fragen behandeln A. Deborin und Ladislaus Ruda. Der erste analysiert in seinem Aufsatz „Lukacs und seine Kritik des Marxismus" die philosophischen Abweichungen von Lukacs, der zweite behandelt „Die Klassenbewußtseinstheorie von Lukacs". — Ueber Jules Valles, den Kämpfer der Kommune und revolutionären Journalisten berichtet A. Dubois. — Ueber die „Neuen Bühnenversuche in Sowjet-Rußland" schreibt Frida Rubiner. — Weiter bringt das Heft zwei Novellen: eine von Otto Steinicke: „Albert", und eine von Ilja Ehrenburg: „Die Pfeife des Kommunarden".

Unter Notizen und Bücherschau finden wir u. a. folgende Beiträge: Alfred Bauer: Der siebzigjährige Kautsky und der lebende Marxismus. K. A. Wittfogel: Internationale Arbeiter-Bildungskonferenz in Oxford. Johann Matheika: Ueber den russischen Proletkult. B. Alexej: Lenin und der Leninismus. Richard Bell: Lenin über Organisationsfragen. August Thalheimer: Anmerkungen zu Henry Fords Lebensbeschreibung J. Steinborn: Proletarische Geschichtsbücher. John Gubson: Das England der Gegenwart. August Thalheimer: Lenin, der kämpfende Materialist. Alfred Bauer: Paul Levi und was dann? Wilhelm Herzog: Offene kleine Anfrage.

Das Heft der „Arbeiter-Literatur" kostet 40 Pf.

Der Rote Stern

19 Ein utopischer Roman von A. Bogdanow

Aus dem Russischen übersetzt von H. zur Mühlen

(Nachdruck verboten.)

„Wenn aber die Forderungen durch nichts begrenzt werden, ergibt sich daraus nicht die Möglichkeit scharfer Schwankungen, die alle Berechnungen des Instituts über den Haufen werfen?"

„Selbstverständlich nicht. Der einzelne Mensch kann für einen oder zwei Menschen essen, ja auch die für drei Leute bestimmte Menge von Nahrungsmitteln verzehren, oder aber er kann in zehn Tagen zehn Anzüge tragen; bei einer Gesellschaft von dreitausend Millionen Menschen hingegen gibt es keine derartigen Schwankungen. Bei so großen Zahlen bedeuten die Schwankungen nach der einen oder anderen Seite hin nichts, verteilen sich gleichmäßig; der Durchschnitt verändert sich äußerst langsam, in strenger, gesetzmäßiger Kontinuität."

„Dann arbeitet also Ihre Statistik völlig automatisch, ist weiter nichts, als eine Berechnung?"

„Das will ich nicht sagen. Es gibt dabei auch große Schwierigkeiten. Das Institut für Rechnungswesen muß scharfsichtig alle neuen Erfindungen verfolgen, sowie die durch diese im Betrieb hervorgerufenen Veränderungen, damit es diese richtig einzuschätzen vermag. Erscheint eine neue Maschine, so fordert dies nicht nur eine Veränderung der Arbeit in jenen Betrieben, wo sie benützt wird, sondern auch in den Maschinenfabriken, und bisweilen in den Betrieben für Rohmaterial bei ganz anderen Zweigen. Wird eine Erzgrube erschöpft, oder werden neue mineralische Reichtümer entdeckt, so bedeutet das abermals eine völlige Veränderung der Arbeit in einer ganzen Reihe von Betrieben, — in den Bergwerken, dem Bau der Eisenbahnstrecken usw. All dies muß von allem Anfang an berechnet werden, wenn auch nicht ganz genau, so doch annähernd, und das ist keineswegs leicht, solange nicht die Daten von Augenzeugen erhracht werden können."

„Bei derartigen Schwierigkeiten", bemerkte ich, „ist es offensichtlich nötig, stets über einen Vorrat an überschüssigen Arbeitskräften zu verfügen?"

„Ja, gerade dies ist der Stützpunkt unseres Systems. Vor zweihundert Jahren, als die kollektive Arbeit nur gerade genügte, um die Forderungen der Gesellschaft zu befriedigen, war eine völlige Genauigkeit der Berechnung unentbehrlich, und die Verteilung der Arbeit konnte nicht ganz frei sein. Es gab Pflichtarbeitstage, und die Verteilung derselben fand nicht immer die Zustimmung unserer Genossen. Doch brachte jede Erfindung, wenngleich sie zuerst vorübergehende statistische Schwierigkeiten bedeutete, eine gewaltige Erleichterung der Aufgabe. Zuerst wurden die Arbeitstage gekürzt, dann, als sich allerorts ein Ueberschuß an Arbeitskraft zeigte, wurde die Verpflichtung zur Arbeit endgültig aufgehoben. Beobachten Sie, wie unbedeutend die Zahlen sind, die sich auf den Mangel an Arbeitsstunden beziehen: tausend, zehn-, hunderttausend Arbeitsstunden, nicht mehr, — und dies bei Millionen und und zehn Millionen von Arbeitsstunden, die in den Betrieben unnötig verbracht werden."

„Dennoch besteht ein Mangel an Arbeitsstunden", warf ich ein. „Freilich dürfte er durch den darauffolgenden Ueberschuß gedeckt werden."

„Nicht bloß durch diesen Ueberschuß. Bei den lebenswichtigen Betrieben wird derart gearbeitet, daß die Grundziffern noch überboten werden. In den für die Gesellschaft wichtigen Industriezweigen — den Betrieben für Lebensmittel, Kleidung, Maschinen, Bauten — erreicht dieses Ueberangebot die Höhe von sechs Prozent, bei den weniger wichtigen 1 bis 2 Prozent. Auf diese Art drücken die den Mangel bezeichnenden Zahlen, allgemein gesprochen, nur den relativen, aber nicht den absoluten Mangel aus. Selbst wenn auf den Tabellen ein Mangel von zehn- und hunderttausend Arbeitsstunden vermerkt ist, so bedeutet dies noch nicht, daß die Gesellschaft unter einem wirklichen Mangel leidet."

„Wieviel Stunden werden täglich vom Einzelnen zum Beispiel in dieser Fabrik gearbeitet?"

„Die meisten arbeiten zwei, anderthalb und zweieinhalb Stunden", erwiderte der Techniker. „Doch gibt es auch welche, die länger oder kürzer arbeiten. Jener Genosse dort, der den großen Hammer handhabt, läßt sich derart von seiner Arbeit fortreißen, daß er niemandem gestattet, ihn abzulösen, ehe nicht die volle Arbeitszeit, sechs Stunden, vorüber ist."

Ich übertrug im Gedanken die Marszahlen auf irdische Zahlen: ihr Tag bestand, da ihre Stunden etwas länger waren, aus zehn Stunden. Demzufolge war ein Arbeitstag von vier, fünf, sechs Stunden ungefähr unserem Arbeitstag von fünfzehn Stunden gleich, — einer Arbeitszeit, die nur bei den ausbeuterischen Unternehmen vorkam.

„Ist es denn für den Genossen am großen Hammer nicht schädlich, so lange zu arbeiten?" fragte ich.

„Bisher noch nicht", entgegnete Netti. „Er wird sich diesen Luxus noch ein halbes Jahr lang gestatten können. Ich habe ihn selbstverständlich auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die ihm von seiner Leidenschaft drohen. Eine derselben ist die Möglichkeit eines trampfartigen pyschischen Anfalls, der ihn mit unwiderstehlicher Kraft unter den Hammer reißen würde. Im Vorjahr ereignete sich in dieser Fabrik ein derartiger Fall mit einem jungen Mechaniker, der ebenfalls die starken Empfindungen liebte. Dank eines glücklichen Zufalls gelang es, den Hammer aufzuhalten, und der unfreiwillige Selbstmord mißlang. Die Gier nach starken Empfindungen ist an und für sich noch keine Krankheit, doch kann sie sich leicht in eine verwandeln, falls das Nervensystem durch Erschöpfung, seelische Kämpfe oder eine zufällige Krankheit erschüttert ist. Selbstverständlich verliere ich niemals jene Genossen aus dem Auge, die sich hemmungslos der gleichen Arbeit hingeben."

„Selbstverständlich nicht", lachte Menni. „Weshalb sollte seine Arbeitszeit auch schon deshalb abkürzen, weil in der Maschinenfabrik ein Ueberschuß an Arbeitsstunden besteht?"

„Selbstverständlich nicht", lachte Menni. „Weshalb sollte gerade er das Gleichgewicht herstellen? Die Statistik verpflichtet keinen. Jeder nimmt sie zur Kenntnis, doch kann er sich nicht einzig und allein von ihr leiten lassen. Wenn es Sie danach verlangte, baldigst in dieser Fabrik zu arbeiten, so würden Sie höchstwahrscheinlich eine Anstellung finden, und die statistische Zahl des Ueberschusses würde sich auf ein bis zwei Stunden vergrößern. Der Einfluß der Statistik macht sich bei der Massen-Umstellung der Arbeit ununterbrochen bemerkbar, doch ist jeder einzelne frei."

Wir hatten uns nun zur Genüge ausgeruht und gingen daran, die Besichtigung der Fabrik fortzusetzen. Nur Menni begab sich heim, denn er war ins Laboratorium gerufen worden.

Am Abend beschloß ich, bei Netti zu bleiben: er versprach, mir am folgenden Tag das „Haus der Kinder" zu zeigen, wo seine Mutter eine der Erzieherinnen war.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241105-17/fragment/page=0008